

Vorsitzender des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Thomas Rother
Landeshaus
24105 Kiel

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/4681**

Nachrichtlich:

Präsidentin des Landesrechnungshofs
Schleswig-Holstein
Frau Dr. Gaby Schäfer
Berliner Platz 2
24103 Kiel

Kiel, 28. August 2015

Geschäftsbericht 2014 der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR (GMSH)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen gemäß § 14 Abs. 2 GMSHG den Geschäftsbericht 2014 der GMSH.

Der Bericht entspricht dem Stand vom 31. Dezember 2014. Spätere Entwicklungen – z. B. geringfügige Abweichungen bei den mittelfristig prognostizierten Baumittelabflüssen - sind in den Bericht über das Jahr 2014 grundsätzlich nicht aufgenommen worden.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Philipp Nimmermann

Geschäftsbericht. 2014

Gebäudemanagement Schleswig-Holstein
Anstalt des öffentlichen Rechts



Zentraler Dienstleister
für **Bauen. Bewirtschaften. Beschaffen.**
Partner der Wirtschaft



Inhaltsverzeichnis

Tätigkeitsbericht des Verwaltungsrates	3
<hr/>	
Rechtliche Grundlagen und Aufgaben	4
<hr/>	
Bericht der Geschäftsführung	6
Entwicklung des Unternehmens	6
Elektronische Vergabepattform der GMSH	7
Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	9
<hr/>	
Die operativen Geschäftsbereiche	12
Bundesbau	12
Landesbau	20
Gebäudebewirtschaftung	32
Beschaffung	37
<hr/>	
Lagebericht	42
Grundlagen des Unternehmens	42
Wirtschaftsbericht	42
Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf	42
Ertragslage	42
Finanzlage	45
Vermögenslage	46
Nachtragsbericht	46
Risiko- und Chancenbericht	47
Prognosebericht	48
<hr/>	
Jahresabschluss	51
Bilanz	52
Gewinn- und Verlustrechnung	54
Anhang	55
Organe	61
Bestätigungsvermerk	63
Gewinnverwendungsbeschluss	64
<hr/>	
Abkürzungsverzeichnis	65
Impressum	66



Tätigkeitsbericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat hat in Wahrnehmung der ihm nach dem Gesetz sowie der Satzung der GMSH obliegenden Aufgaben in jedem Geschäftsjahr zwei Sitzungen abzuhalten.

Die Sitzungen in dem Kalenderjahr 2014 haben am 1. Juli und am 9. Dezember stattgefunden.

Die Geschäftsführung hat den Verwaltungsrat regelmäßig über den aktuellen geschäftlichen Verlauf, über grundsätzliche Fragen der Unternehmensentwicklung sowie die wirtschaftliche und finanzielle Lage der GMSH umfassend unterrichtet. Der Verwaltungsrat hat sich mit den vorgelegten Quartalsberichten befasst. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates hat sich darüber hinaus in Besprechungen über alle wichtigen Vorgänge des Geschäftsbetriebs durch die Geschäftsführung unterrichten lassen.

Der Verwaltungsrat hat sich von dem Jahresabschlussprüfer in der Sitzung am 1. Juli 2014 die Prüfungsergebnisse des Jahresabschlusses 2013 ausführlich erläutern lassen und zur Kenntnis genommen, dass sich keine Einwendungen ergeben hätten und der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt worden sei. Darüber hinaus hat er davon Kenntnis genommen, dass der Wirtschaftsprüfer bestätigt habe, dass er im Rahmen seiner Prüfung auftragsgemäß die Vorschriften des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) und die dazu vom Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein erlassenen Grundsätze beachtet habe und dass sich keine Besonderheiten ergeben hätten, die nach seiner Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung gewesen seien.

Der Verwaltungsrat hat sich ferner mit dem von der Geschäftsführung erstellten Geschäftsbericht sowie dem Jahresabschluss 2013 mit Lagebericht befasst und der Geschäftsführung Entlastung erteilt. Der Verwaltungsrat hat den aufgestellten Jahresabschluss festgestellt und dem Lagebericht sowie dem Vorschlag der Geschäftsführung zur Verwendung des Bilanzgewinns zugestimmt.

Der Verwaltungsrat dankt der Geschäftsführung sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der GMSH für die im Jahr 2014 geleistete Arbeit.



Kiel, den 29. Juni 2015

Staatssekretär
Dr. Philipp Nimmermann
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Rechtliche Grundlagen und Aufgaben

Die GMSH wurde aufgrund des Gesetzes zur Errichtung der Gebäude-management Schleswig-Holstein (GMSHG) mit Wirkung vom 15. Juni 1999 als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet. Sie hat ihre Tätigkeit mit Wirkung vom 1. Juli 1999 aufgenommen und wurde am 11. Januar 2000 in das Markenregister eingetragen.

Die GMSH ist eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Kiel unter der Register-Nr. A 3948. Sie hat ihren Sitz in 24103 Kiel, Gartenstraße 6. Alleiniger Träger der GMSH ist das Land Schleswig-Holstein.

Die GMSH ist das Organ des Landes und des Bundes für die Wahrnehmung staatlicher Bauherren- und Planungsaufgaben. Darüber hinaus ist die GMSH mit der Aufhebung der Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein (LVSH) seit dem 1. Januar 2011 auch das Organ des Landes für die Wahrnehmung der Bewirtschaftungsaufgaben. In dieser Ausrichtung ist die GMSH auch zuständig für die Koordinierung und Deckung des Bedarfs des Landes an Verwaltungsgebäuden. Weiterhin ist die GMSH im Rahmen ihres Hoheitsbetriebs im eigenen Namen zuständig für die Abwicklung der notwendigen Beschaffungen für Landesbehörden. Die GMSH kann Bau-, Bewirtschaftungs- und Beschaffungsleistungen im Rahmen ihres Hoheitsbetriebs auch für die Hoheitsbereiche sonstiger Träger der öffentlichen Verwaltung erbringen. Als Betrieb gewerblicher Art (BgA) ist die GMSH darüber hinaus in dieser umfassenden Ausrichtung auch tätig für öffentliche Einrichtungen, soweit diese Einrichtungen selbst nicht hoheitlich tätig sind, sowie für private Einrichtungen, an denen Träger der öffentlichen Verwaltung mehrheitlich beteiligt sind oder die überwiegend mit öffentlichen Mitteln gefördert werden.

Die GMSH sorgt für Effizienzsteigerungen in allen Bereichen des staatlichen Bauens, der Gebäudebewirtschaftung und der Beschaffung und trägt so zu einer nachhaltigen Entlastung des Landeshaushalts bei.

Das gezeichnete Kapital der Anstalt beträgt 8,0 Millionen Euro. Es ist in voller Höhe eingezahlt. Die Gewinnrücklage ist mit einer satzungsmäßigen Rücklage in Höhe von 1,92 Millionen Euro und einer anderen Gewinnrücklage in Höhe von 4,24 Millionen Euro insgesamt mit 6,16 Millionen Euro ausgewiesen.

Bericht der Geschäftsführung



Bericht der Geschäftsführung

Entwicklung des Unternehmens

Der als Folge der Ende 2011 beschlossenen Stationierungsentscheidung des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) in den Vorjahren zu verzeichnende Rückgang der Bauausgaben im Geschäftsbereich Bundesbau setzte sich in dem Jahr 2014 nicht weiter fort. Im Berichtsjahr 2014 war wieder ein kräftiger Anstieg des Bauumsatzes um 21,8 Prozent auf 86 Millionen Euro zu verzeichnen und auch für das Jahr 2015 und die Folgejahre wird mit einem weiteren deutlichen Anstieg der Bauumsätze gerechnet. Diese Entwicklung ist neben der Aufhebung des Stopps von Bauvorhaben im Verteidigungsbereich auch zurückzuführen auf die zusätzlich wahrzunehmende bauliche Betreuung von 260 hochbaulichen Objekten, die zuvor von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung wahrgenommen wurde. Darüber hinaus wirkt sich auch das vom Bund aufgelegte Sonderprogramm Energetischer Sanierungsfahrplan Bundesliegenschaften (ESB) aus, das für Schleswig-Holstein bis 2020 Bauausgaben von 56 Millionen Euro vorsieht.

Die Struktur der Baumaßnahmen ist zunehmend gekennzeichnet durch einen deutlichen Anstieg der personalintensiven Bauunterhaltung, auf die nahezu die Hälfte des Bauumsatzes entfällt, und der kleinen Baumaßnahmen. Der Schwerpunkt der Tätigkeit des Geschäftsbereichs Bundesbau wird sich somit tendenziell nach der verstärkten Planungstätigkeit als Folge der Neuausrichtung der Bundeswehr in den letzten Jahren verlagern zur Baudurchführung. Die für den Bund abzuwickelnden Aufgaben werden gemäß dem Ergebnis des jährlich stattfindenden Personalentwicklungsgesprächs mit einem unveränderten für den Bund vorgehaltenen Personalbestand von 313 Vollkräften wahrgenommen.

Im Geschäftsbereich Landesbau lagen die Bauumsätze in dem Jahr 2014 mit 102,5 Millionen Euro um 9,8 Prozent über dem Vorjahreswert. Dabei ist der erwartete weitere Rückgang der Baumaßnahmen des Einzelplans 12 durch den Anstieg der Vorhaben aus Sondervermögen und Sonderfinanzierungen überkompensiert worden. Insgesamt war die Entwicklung im Berichtsjahr durch starke Unsicherheiten bezüglich des künftig umzusetzenden Bauvolumens gekennzeichnet, was die Personalplanung erheblich erschwerte. Neben der Wahrnehmung der bauvolumenabhängigen Aufgaben war der Geschäftsbereich in erheblichem Umfang auch mit Konzeptentwicklungen, der Erstellung von Sanierungsplänen, Wertermittlungen und Zuwendungsbauprüfungen befasst.

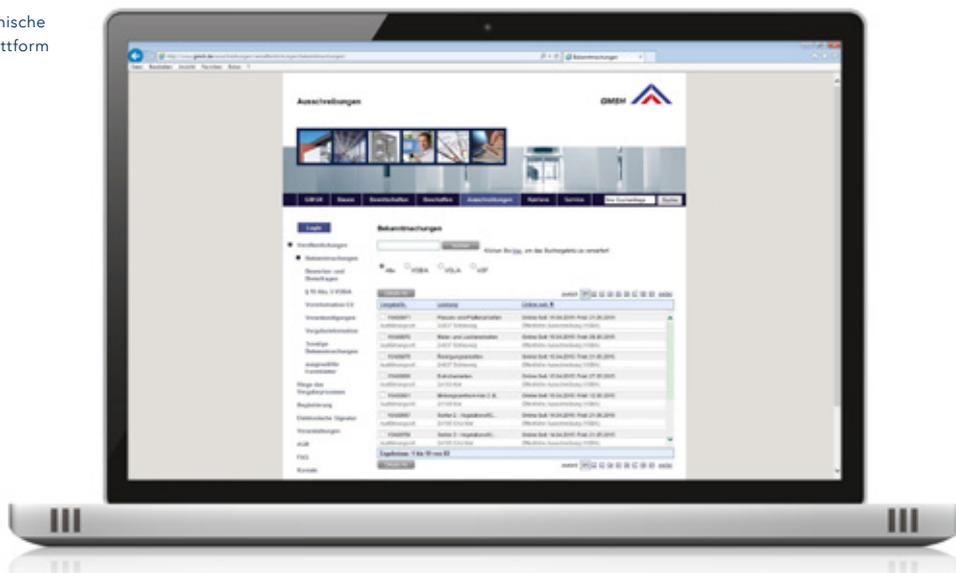
Für den Geschäftsbereich Gebäudebewirtschaftung lag im Jahr 2014 wiederum ein Schwerpunkt im technischen Betriebsmanagement. Ziel ist es hier, über Prozessoptimierungen im laufenden Tagesgeschäft nicht nur alle gesetzlichen Betreiberpflichten zu erfüllen, sondern auch den Werterhalt der gebäudetechnischen Anlagen sowie deren energie- und kostenoptimierten Betrieb zu gewährleisten. Daneben galt es, im laufenden Tagesgeschäft die Leistungsausweitung zu konsolidieren, die sich in den Vorjahren aufgrund

der Übertragung zusätzlicher Liegenschaften in die Bewirtschaftung und weiterer Aufgaben in Bestandsliegenschaften eingestellt hat. Hierzu gehörte auch die Weiterentwicklung der in den Vorjahren neu aufgesetzten IT-Unterstützung mit dem Ziel, die Regieorganisation zu entlasten und für alle Bewirtschaftungsprozesse eine sichere Datenbasis zu gewährleisten. Insgesamt hat der Geschäftsbereich in 2014 für das Land 725 Liegenschaften mit einem Kostenvolumen von 78,75 Millionen Euro bewirtschaftet.

Die Entwicklung im Geschäftsbereich Beschaffung war in dem Jahr 2014 erneut von einem Anstieg des Beschaffungsvolumens geprägt. Auch konnte mit 1.100 durchgeführten Ausschreibungen ein Höchstwert erzielt werden. Maßgeblich war hier die weiterhin vorhandene Inanspruchnahme des Geschäftsbereichs auch durch sonstige Träger der öffentlichen Verwaltung. Hieraus resultierte bei Kosten unterhalb der Ansätze des Wirtschaftsplans ein leicht positives Bereichsergebnis. Wesentlich für das Jahr 2014 waren darüber hinaus die Arbeiten an der landesweiten Ausschreibung der Funkgeräte für den Digitalfunk aller Rettungsdienste und Feuerwehren sowie die Bemühungen, die erfolgreich betriebene e-Vergabepattform des Landes auch für weitere Behörden zu öffnen und damit die Betriebskosten auf noch mehr Schultern zu verteilen.

Elektronische Vergabepattform der GMSH

Die elektronische Vergabepattform der GMSH ist bereits seit mehr als drei Jahren bei der GMSH im Betrieb und auf dem Markt etabliert. Alle Vergabeverfahren der GMSH werden über die Plattform abgewickelt. Das System läuft stabil und erfreut sich so hoher Beliebtheit bei den bietenden Unternehmen, dass für Bauausschreibungen bereits der Papierversand von Ausschreibungsunterlagen im Einvernehmen mit den Wirtschaftsorganisationen abgeschafft werden konnte. Es ist Ziel der GMSH, den Unternehmen, die auf Vergabeverfahren in Schleswig-Holstein bieten möchten, möglichst nur eine einheitliche und damit technisch homogene Landesplattform anzubieten. Hinzu kommt die von der EU vorgegebene Verpflichtung zur Einführung der elektronischen Vergabe öffentlicher Auftraggeber ab 2016. Eine zeitgerechte Einführung eigener Systeme bei anderen Landesdienststellen und auf kommunaler Ebene ist kaum mehr erreichbar. Daher wurden bereits frühzeitig Kontakte zu den noch beim Land bestehenden Submissionsstellen des Landesbetriebs für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz (LKN) und des Landesbetriebs Straßenbau und Verkehr (LBV) mit dem Ziel aufgenommen, die dort eigenständig durchgeführten Ausschreibungsverfahren ebenfalls über die e-Vergabepattform der GMSH abbilden zu lassen. Während mit dem LKN bislang entsprechende Vorgespräche stattfanden, hat der LBV bereits gemeinsam mit der GMSH zwei erfolgreiche Pilotverfahren über die Plattform durchgeführt und sich zur gemeinsamen Plattform bekannt. Wie die Integration haushalterisch und organisatorisch weiter umgesetzt werden soll, wird im ersten Quartal 2015 gemeinsam mit den Landesbetrieben, der GMSH und den zuständigen Ministerien besprochen.



Aber auch bei den sonstigen Trägern der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein besteht ein hohes Interesse, die elektronische Vergabeplattform der GMSH mit zu nutzen. Zum einen basiert dies auf positiven Erfahrungen bei Ausschreibungen, die die GMSH für Gemeinden, Ämter, Kreise und Städte in der Vergangenheit durchgeführt hat und die immer zur Senkung der Beschaffungskosten auch für das Land führten, da die fixen Kosten auf immer mehr Schultern verteilt wurden. Zum anderen ist in vielen Verwaltungseinrichtungen neben der oben beschriebenen Unmöglichkeit, kostengünstig und zeitgerecht den EU-Regelungen gerecht zu werden, nicht das Know-How vorhanden, eigene Plattformen zu etablieren. Die Vielzahl von Anfragen hat dazu geführt, dass die GMSH gemeinsam mit dem Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag (SHGT) derzeit den Ausbau der seit elf Jahren bestehenden Beschaffungscooperation umsetzt. Hierbei geht es darum, auch Bauausschreibungen und die e-Vergabe in die Kooperation zu integrieren. Die Bauausschreibungen werden durch Verwaltungskräfte und nicht durch ohnehin stark beanspruchte Ingenieure der GMSH durchgeführt. Die Beiträge der sich beteiligenden Verwaltungseinheiten helfen, die fixen Kosten der bereits bestehenden Plattform der GMSH (und damit des Landes) zu reduzieren und kommen damit mittelbar dem Landeshaushalt zugute. Auch die Kommunen profitieren vom Know-How einer großen Anstalt des Landes, die ihnen ein seit mehr als drei Jahren funktionierendes System zur Verfügung stellt. Da das System auf den Servern von Dataport läuft, wurden auch hier entsprechende im Land vorhandene Ressourcen genutzt. Weiterhin ist geplant, im ersten Quartal 2015 eine flankierende Kooperationsvereinbarung mit dem Softwarehersteller der e-Vergabe (Fa. RIB) abzuschließen. Darüber hinaus wurde die Arbeit an der Etablierung der VOF-Ausschreibungen über Freiberuflich Tätige (FbT) vorangetrieben. Während die Ausschreibungen selber schon seit langem über die Plattform veröffentlicht werden, geht es nun darum, auch die Phase der Vertragsanbahnung über das System abzubilden, was sowohl bei den FbT als auch bei der GMSH hohe zeitliche Einsparungen mit sich bringen wird und die Rechtssicherheit noch einmal steigern hilft.

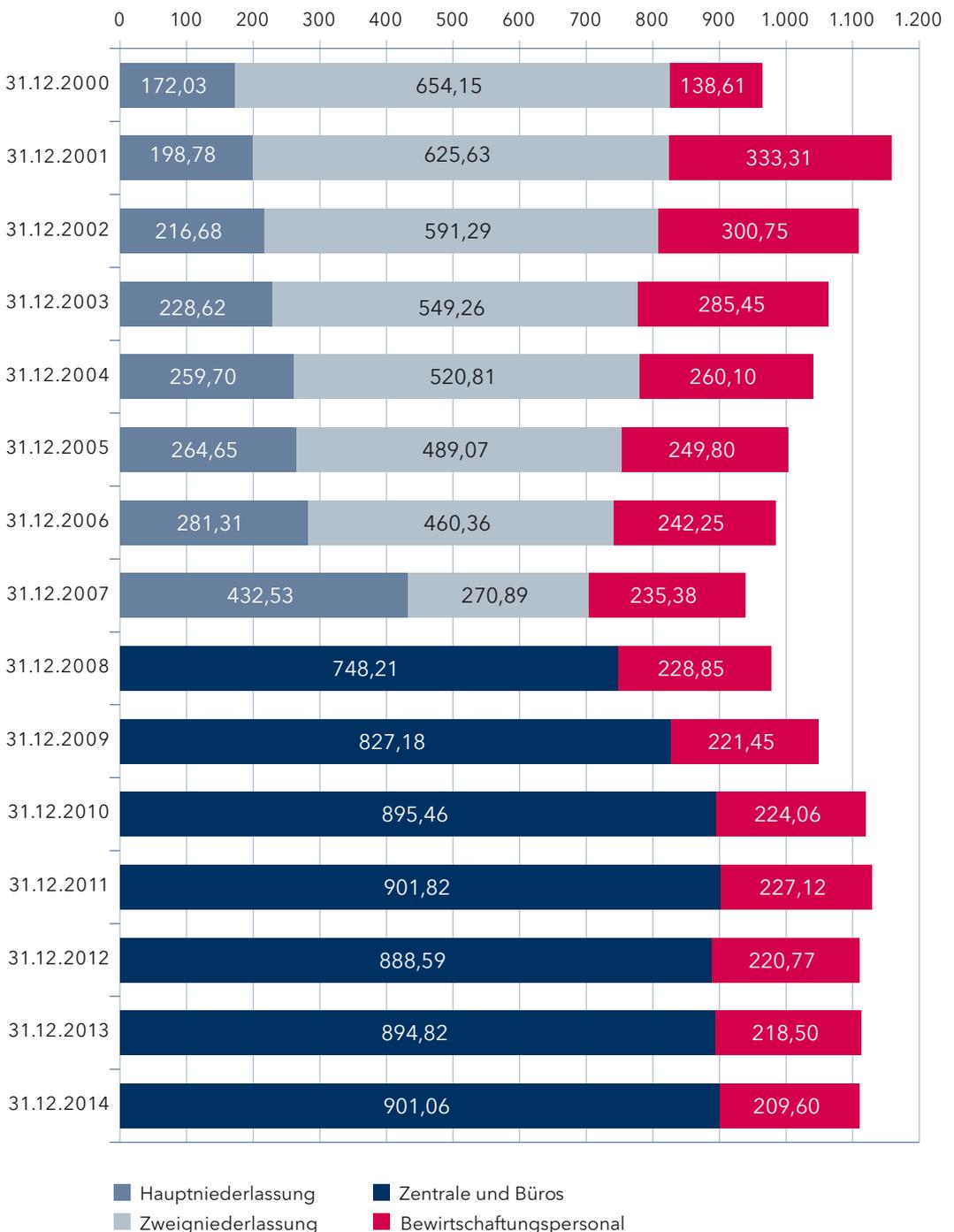
Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

In der GMSH waren per 31. Dezember 2014 insgesamt 1.274 (1.274¹) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, davon waren 119 (124) Beamtinnen und Beamte sowie 1.155 (1.150) Beschäftigte. Im Durchschnitt des Jahres 2014 waren 1.105,83 (1.113,32) Vollkräfte (VK) bei der GMSH tätig.

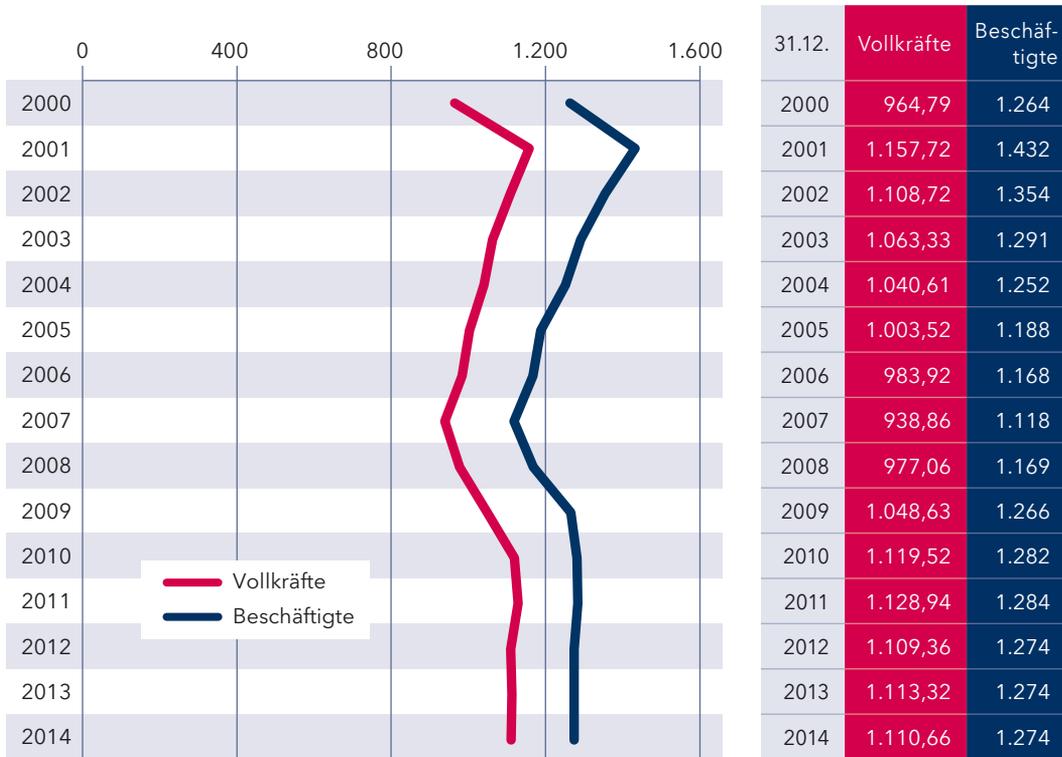
¹ Kursive Klammernangaben bedeuten Vorjahresstand

Am 31. Dezember 2014 betrug das Durchschnittsalter 48,37 (48,32) Jahre.

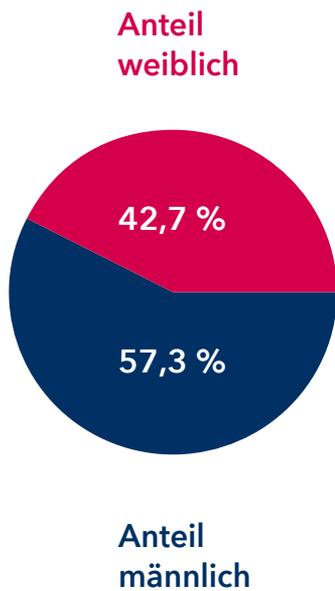
Die Entwicklung des Personalbestandes in Vollkräften seit 31.12.2000:



Die Entwicklung des Personalbestandes in Kopfzahlen und in Vollkräften (einschließlich Beurlaubte) seit 31.12.2000:



Frauenquote in der GMSH (gesamt):



Die operativen Geschäftsbereiche



Die operativen Geschäftsbereiche

Bundesbau

Grundlagen

Der Geschäftsbereich Bundesbau nimmt die Bauaufgaben des Bundes in Schleswig-Holstein wahr. Dabei handelt er im Namen und auf Rechnung des Bundes (Organleihe). Im Gegenzug erstattet der Bund die entstandenen Ist-Kosten auf der Basis der Kosten- und Leistungsrechnung.

Oberste technische Instanzen im Bundesbau sind das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und das BMVg. Die Aufträge erhält der Geschäftsbereich Bundesbau (Baudurchführende Ebene) über das Amt für Bundesbau beim Finanzministerium Schleswig-Holstein (AfB, Fachaufsichtsführende Ebene).

Auf Grundlage des bestehenden Verwaltungsabkommens zwischen Bund, Land und der GMSH ist die GMSH auch für die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) tätig. Die BImA nimmt die Eigentümerfunktion für die Bundesliegenschaften wahr und beauftragt die Bauunterhaltungsmaßnahmen direkt an die GMSH.

Darüber hinaus bestimmt seit November 2013 das 2. Zusatzabkommen zum Verwaltungsabkommen, dass „wasserbauliche Maßnahmen des Bundes ohne Verkehrsbezug“ nunmehr vom Land Schleswig-Holstein durchgeführt werden. Die Erledigung dieser Aufgaben hat das Land wiederum auf den LKN übertragen. Dabei wird der „wasserbauliche Hochbau“ allerdings von der GMSH wahrgenommen, die Aufgabenabgrenzung wurde anhand einer Zuständigkeitsliste zwischen LKN und dem Geschäftsbereich Bundesbau abgestimmt.

Der Geschäftsbereich Bundesbau nimmt neben diesen Aufgaben im geringen Umfang auch Aufgaben für sogenannte Dritte des Bundes wahr. Dieser Aufgabenwahrnehmung liegen zum Teil separate Verwaltungsabkommen zugrunde.

Organisationsentwicklung

Aufgrund der regionalen Aufgabenverteilung im Bundesbau (z. B. große Kasernenstandorte) ist der Geschäftsbereich Bundesbau an zwölf Bürostandorten in der Fläche Schleswig-Holsteins präsent. Die Aufbauorganisation gliedert sich in sechs jeweils landesweit zuständige Fachbereiche, die sich in vorwiegend regional tätige Fachgruppen unterteilen. Die Zusammenarbeit der Fachbereiche wird jeweils maßnahmenbezogen interdisziplinär in Projektmanagementstrukturen organisiert.

Eine Optimierung der Zusammenarbeit ist insbesondere immer dann erforderlich, wenn sich die Rahmenbedingungen im Bundesbau verändern. In Folge der letzten Stationierungsentscheidung des BMVg beispielsweise

könnten sich in den nächsten Jahren bauliche Schwerpunkte weiter verlagern. Solchen Veränderungen begegnet der Geschäftsbereich Bundesbau durch Vorhalten geeigneter Bürostandorte und der entsprechenden technischen Ausstattung (mobile Ausstattung, temporäre CAD-Arbeitsplätze, Videokonferenztechnik usw.) oder durch das Bereitstellen von temporären Bauleitungen. Die Aufbau- und Ablauforganisation des Geschäftsbereichs Bundesbau unterstützt bei Schwankungen im regionalen Aufgabenvolumen den Kapazitätsausgleich zwischen den Fachgruppen.

Neben der Ausrichtung auf die landesweit einheitliche Ablauforganisation liegt der Schwerpunkt der inneren Organisationsentwicklung weiterhin in der Stärkung der operativen Verantwortung der Fachgruppen. Dort werden neben den Bauunterhaltungsmaßnahmen verstärkt kleine Baumaßnahmen federführend und in Eigenerledigung bearbeitet, wodurch die fachliche Verantwortung und die Rolle der Fachgruppen weiter gefestigt werden. Die Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit und die fachliche Spezialisierung für Aufgabenschwerpunkte beispielsweise durch die Bildung von Facharbeitskreisen dienen dem Erhalt der beruflichen Kompetenz der Beschäftigten und dem Wissensaustausch.

Demgegenüber obliegt den Projektmanagementbereichen die Steuerung der großen Baumaßnahmen, zu deren Bearbeitung weitgehend freiberuflich tätige Architekten und Ingenieure hinzugezogen werden.

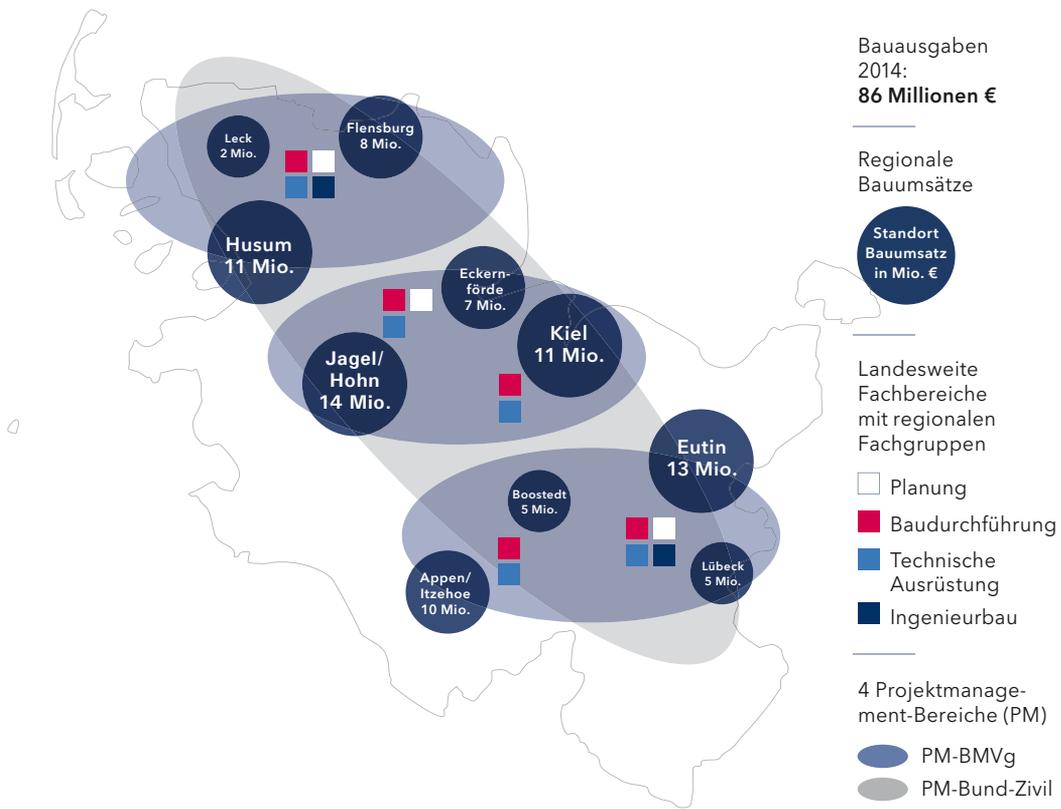
Darüber hinaus werden zukünftig in Schwerpunktliegenschaften sogenannte Liegenschaftskernteamer etabliert werden, durch die eine bessere Steuerung und Abstimmung der einzelnen Aufgabensegmente (Bauunterhaltung, Projekte, bauordnungsrechtliche Belange) im Sinne einer geordneten Liegenschaftsentwicklung erreicht wird.

Seit dem Liegenschaftsübergang der Bundesliegenschaften auf die BImA nimmt der Anteil der Bauunterhaltung an den Bauaufgaben stetig zu und wird sich voraussichtlich langfristig bei ca. 40–45 Millionen Euro pro Jahr verstetigen. Die Zusammenarbeit mit der BImA gestaltet sich weiterhin konstruktiv. Auch wenn die Auftragsstruktur der BImA nach wie vor sehr kleinteilig ist, zeigen die Bemühungen der letzten Jahre um verbesserte Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen dem Geschäftsbereich Bundesbau und der BImA mittlerweile auch nachweisbar Erfolg. Um hier zukünftig noch besser und transparenter zusammen zu arbeiten, wird aktuell ein Konzept für eine zweijährige strategische Planung der Bauunterhaltung erarbeitet. Dieses würde den Geschäftsbereich Bundesbau in die Lage versetzen, die Bauunterhaltung hinsichtlich der erforderlichen Personalressourcen in den einzelnen Fachdisziplinen besser zu planen, und die BImA, den Finanzmittelbedarf abgestimmter auszusteuern. Erste Gespräche mit der BImA haben hierzu bereits stattgefunden.

Der Bund führt seit Herbst 2014 eine Analyse der Aufgabenerledigung des Bundesbaus in der GMSH durch, mit der er einen externen Gutachter betraut hat. Hierzu wurde eine Lenkungsgruppe (Unterabteilungsleitung BMUB, Abteilungsleitung Finanzministerium Schleswig-Holstein, Geschäftsführung GMSH) unter der Federführung des BMUB eingerichtet. Ob und ggf. inwie-

weit die Untersuchungsergebnisse Auswirkungen auf die zukünftige Organisationsentwicklung des Geschäftsbereichs Bundesbau haben werden, kann derzeit noch nicht beurteilt werden.

Zusammenarbeit vor Ort: landesweit, ortsnah, interdisziplinär



Personalentwicklung

Das Personalentwicklungsgespräch gemäß Artikel 1 (3) des Verwaltungsabkommens fand am 7. April 2014 in Kiel statt. Demnach hat die bisherige strategische Ausrichtung als Zielvorstellung weiterhin Gültigkeit und der jetzige Personalstand für Bundesaufgaben in der GMSH ist mit ca. 313 Vollkräfte beizubehalten. Davon sind bis zu 250 Vollkräfte als Ingenieur- und Technikerkräfte vorzusehen, zuzüglich des Personals, das in der Personalbemessung den Zentralen Diensten zugerechnet wird (Fachbereich Steuerungs-Koordination-Baurecht, Assistenz- und Supportkräfte, Haushalt, Vergabe- und Vertragswesen).

Zum Stichtag 31. Dezember 2014 waren im Geschäftsbereich Bundesbau 261,25 Vollkräfte tätig (davon ca. 214,31 Vollkräfte Ingenieur- und Technikerkräfte sowie ca. 46,83 Vollkräfte Zentrale Dienste). In den gemeinsam für Bundes- und Landesbau tätigen Bereichen des Geschäftsbereichs Landesbau werden die jeweiligen Vollkräfteanteile für Bundes- oder Landesbauaufgaben über interne Leistungsverrechnung auf Basis der Kosten- und Leistungsrechnung ermittelt. Demnach waren dort ca. 40,74 Vollkräfte für Bundesbauaufgaben tätig (davon ca. 17,71 Vollkräfte Ingenieur- und Techni-

kerkräfte sowie ca. 23,04 Vollkräfte Zentrale Dienste). Mithin sind für Bundesbauaufgaben ca. 232,02 Vollkräfte als Ingenieur- und Technikerkräfte bzw. einschließlich des Zentrale Dienste-Anteils (ca. 69,87 Vollkräfte) insgesamt 301,99 Vollkräfte tätig (Vorjahreswert 304,19 Vollkräfte).

Als weiteres Ergebnis aus dem Personalentwicklungsgespräch mit dem Bund soll die Beamtenausbildung in der GMSH auch über den eigenen Bedarf hinaus weiter intensiviert werden, so dass die Einstellungen von Referendaren und Anwärtern für den jeweiligen Vorbereitungsdienst nunmehr jährlich erfolgen. Zum Stichtag 31. Dezember 2014 befanden sich vier Referendare und ein Anwärter im Vorbereitungsdienst.

Verwaltungskostenerstattung

Für die Aufgabenwahrnehmung im Bundesbau wurde eine Kostenerstattung (VKE) in Höhe von 42,27 Millionen Euro mit der Abrechnung für das Vorjahr vom 17. April 2014 angemeldet (davon 30,27 Millionen Euro GMSH Selbstkosten). Für FbT-Honorare im Jahr 2014 wurden zum gleichen Zeitpunkt 12,0 Millionen Euro angemeldet.

Die tatsächlich für die Aufgabenwahrnehmung der GMSH im Bundesbau abgerechneten Kosten lagen im Jahr 2014 mit 38,8 Millionen Euro deutlich niedriger (Vorjahreswert 35,3 Millionen Euro). Darin enthalten sind die Honorarzahlungen an FbT in Höhe von ca. 10,3 Millionen Euro (Vorjahreswert 8,7 Millionen Euro). Für das Jahr 2015 wurden im Zuge der Fortschreibung der Prognosen FbT-Honorarmittel in Höhe von 12,0 Millionen Euro und für das Jahr 2016 in Höhe von ca. 13,0 Millionen Euro angemeldet.

Die Ursachen für die - in Relation zu den getätigten Bauausgaben - hohe Kostenerstattung liegen im Wesentlichen begründet in den umfangreich erbrachten Planungsaufwendungen, die noch nicht zu Bauausgaben geführt haben, sowie in den nach wie vor umfangreichen Aufgaben, die baukostenunabhängig sind (z. B. RÜV-Zivil, RÜV-BMVg, LISA, Gutachten und Beratungsleistungen). Die Ist-Aufwendungen für diese baukostenunabhängigen Aufgaben (Endkostenträger „Weitere baufachliche Aufgaben“ im Sinne des eVKE Berichtswesens) liegen mit ca. einem Viertel der Gesamtaufwendungen in der Größenordnung der Vorjahre.

Das eVKE Berichtswesen wird aktuell maßgeblich durch die Fortschreibung der 2011 eingeführten elektronischen Verwaltungskostenerstattung (eVKE) geprägt. Hier verlangt der Bund eine verursachergenaue projektbezogene Darstellung des Verwaltungsaufwands als Prognose, die laufend fortgeschrieben und auf elektronischem Wege mittlerweile vier Mal pro Jahr in die Datenbank des Bundes geladen wird. Die Datenbank wird vom Bund kontinuierlich weiterentwickelt (aktuelle Version SPEC 4.1) und an den Informationsbedarf des Bundes bzw. der BImA angepasst. Der Bund hat darüber hinaus seine Fachaufsichten aufgefordert, Controllingstellen für das Controlling der VKE aufzubauen. Hierfür erarbeitet der Geschäftsbereich Bundesbau derzeit ein Konzept für das erforderliche Berichtswesen, um auch bei der Umsetzung dieser Anforderungen des Bundes zu unterstützen.

Aufgabenentwicklung

Im Zuge der Stationierungsentscheidung des BMVg entwickelte sich der Auftragseingang für Kleine und Große Baumaßnahmen seit 2011 rückläufig, weswegen die Bauausgaben im Jahr 2013 erneut auf 70,6 Millionen Euro einbrachen. Die Neuausrichtung der Bundeswehr führte zu hohem Abstimmungsbedarf und zur verzögerten Formulierung von Bauwünschen auf Nutzerseite. Allerdings konnten 2014 die Baubeginne erster großer Baumaßnahmen für die Bundeswehr (z. B. im Marinestützpunkt Eckernförde) vollzogen werden. Auch wenn sich die vorläufige Haushaltsführung des Bundes (Bundestagswahl vom September 2013) nachteilig auf die Terminplanung auswirkte und Zahlungen aus dem Bundeshaushalt erst ab Jahresmitte möglich waren, wurde 2014 der prognostizierte Anstieg des Bauumsatzes um ca. 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr erreicht.

Insgesamt beliefen sich die Bauausgaben im Bundesbau im Jahr 2014 auf ca. 86,0 Millionen Euro (Vorjahreswert ca. 70,6 Millionen Euro). Die in den Mittelabflussbesprechungen (UFIS- bzw. Invest-Besprechungen) abgestimmten Bauausgabenziele wurden in der Gesamtsumme erreicht.

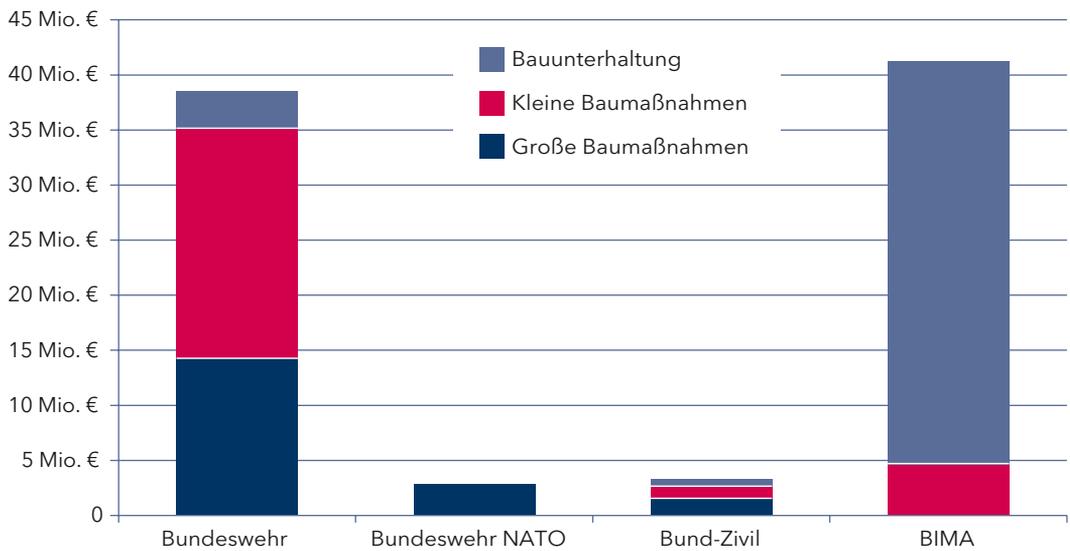
Der Anteil der personalintensiven Bauunterhaltungsmaßnahmen lag mit ca. 40,0 Millionen Euro bei 47 Prozent der Gesamtausgaben (Vorjahreswert ca. 36,0 Millionen Euro bzw. 51 Prozent).

Für das Jahr 2015 belaufen sich die Baubedarfe des Bundes auf ca. 100 Millionen Euro. Für die beiden Folgejahre ist ein weiterer Anstieg der Baubedarfe auf ca. 110 bis 135 Millionen Euro angekündigt. Der Anteil der jährlichen Bauausgaben für die Bauunterhaltung wird mit ca. 40 bis 45 Millionen Euro weiterhin auf hohem Niveau liegen und entsprechende Personalkapazitäten binden.

Bauumsatzentwicklung über die Jahre 2004 – 2017



Baumsatzvolumen 2014 nach Trägern



Dieser Aufgabenentwicklung begegnet der Geschäftsbereich Bundesbau mit höherer Eigenerledigung insbesondere bei der Bauunterhaltung und bei Kleinen Baumaßnahmen. Wie bereits in den Vorjahren wurde die Bauunterhaltung weitgehend durch eigenes Personal erbracht. Gleiches gilt für die Bauherrenleistungen; externe Projektsteuerungsbüros wurden nicht hinzugezogen. Ein längerfristiger Personaleinsatz, z. B. für die Eigenerledigung der Baudurchführung bei Großen Baumaßnahmen, wurde vermieden, um bei aktuell wieder anwachsenden Auftragseingängen flexibler reagieren zu können.

Seit November 2013 übernimmt der Geschäftsbereich Bundesbau hochbauliche Maßnahmen an Objekten und Anlagen, die bislang von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes betreut wurden (sogenannte wasserbauliche Maßnahmen ohne Verkehrsbezug). Gemäß der hierzu abgestimmten Objektliste ist der Geschäftsbereich Bundesbau für Maßnahmen an 245 Einzelobjekten von insgesamt 382 Einzelobjekten in Schleswig-Holstein (64 Prozent) verantwortlich. Damit sind jährlich Leistungen in der Bauunterhaltung in Höhe von ca. 2 bis 3 Millionen Euro verbunden. Bei den übrigen 36 Prozent der Objekte handelt es sich um Anlagen mit direkter Wasserberührung im Zuständigkeitsbereich des LKN.

Im Zusammenhang mit dem Energetischen Sanierungsfahrplan Bundesliegenschaften sind im Zivilen Bundesbau Energiekonzepte und damit verbundene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für acht Liegenschaften mit einem Auftragsvolumen von ca. 700.000 Euro vergeben worden. Diese Liegenschaftsenergiekonzepte bilden die Planungsgrundlage zur baulichen Umsetzung der Bauausgabeziele in Höhe von 56 Millionen Euro bis zum Jahr 2020.

Die Konzepte sind nach einheitlichen Vorgaben detailliert für ca. 250.000 Quadratmeter beheizte Flächen aufzustellen und werden entsprechend der

jeweiligen Liegenschaftsgröße nach ein bis zwei Jahren Bearbeitungszeit ab 2015 dem BMUB vorgelegt werden. Um den Erfolg der Maßnahmen bundesweit transparent abbilden zu können, hat der Bund zwischenzeitlich eine Clearing- und Controllingstelle bei der OFD Niedersachsen eingerichtet.

Mit der Einführung des Leitfadens für Nachhaltiges Bauen ergeben sich für den Geschäftsbereich Bundesbau weitere Aufgaben. Für alle Großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Zivilen Bundesbau ist eine Zertifizierung der Objekte nach dem Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) im Silber-Niveau durchzuführen. Seit Anfang 2014 sind zu den zu zertifizierenden Verwaltungsgebäuden auch Laborgebäude hinzugekommen. Für alle anderen Bauvorhaben ist die sinngemäße bzw. grundsätzliche Anwendung des Leitfadens bzw. des BNB-Systems vorgesehen. Um diese Aufgaben wahrnehmen zu können, wurden bislang zehn Beschäftigte des Geschäftsbereichs Bundesbau als BNB-Koordinatoren geschult.

Ein erstes durchzuführendes Bauprojekt wird die Sanierung des BlmA-Dienstgebäudes in der Feldstr. 223 in Kiel sein, für das im Jahre 2014 die entsprechenden Planungsbüros – z. T. über VOF-Verfahren – ausgewählt wurden; danach sind erste detailliertere Planungen unter Berücksichtigung der BNB-Vorgaben angelaufen, der Baubeginn ist zurzeit für 2016 vorgesehen.

Erste Planungsmaßnahmen mit einer Zertifizierung im Bereich von Laborbauten stehen für das Max-Rubner-Institut Kiel und das Thünen-Institut Großhansdorf im Jahr 2015 an.

Wesentliche Baumaßnahmen, die 2014 abgeschlossen wurden:

- Marseille Kaserne Appen, Neubau einer Maschinenunterstellhalle inkl. Straßenanbindung
- Thünen-Institut Trenthorst, Sanierung des Gebäudekarree 22-24
- Rettberg-Kaserne Eutin, Sanierung des Niederspannungsnetzes
- Technisches Hilfswerk Neumünster, Anbau und Herrichtung der Geschäftsstelle und des Ortsverbandes
- Amt für Schiffssicherung Neustadt, Dachsanierung und Fotovoltaik
- Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Pinneberg, Herrichtung von Bürogebäude 69
- Thünen-Institut Wulmenau, Ersatzbau der Feldscheune Gebäude 58

Wesentliche Planungsleistungen im Jahr 2014:

- Kraftfahrt-Bundesamt Flensburg, Brandschutz und Energetische Ertüchtigung
- Truppenübungsplatz Todendorf, Neubau des Hauptkontrollturms
- Truppenübungsplatz Todendorf, Neubau der Ausbildungs- und Instandsetzungshalle MANTIS
- Marseille-Kaserne Appen, Sanierung und Umbau der Unterkunftsgebäude 7 und 27
- Marinekaserne Neustadt, Neubau einer Sporthalle
- Rettberg-Kaserne Eutin, Neubau des Waffenkammergebäudes
- Marineunteroffizierschule Plön, Neubau einer Aula

- Marineunteroffizierschule Plön, Neubau eines Unterkunftsgebäudes
- BlmA Kiel, Unterbringung der Nebenstelle Feldstraße, BNB-Teilmodernisierung mit Denkmalschutz
- Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt Kiel, Kantinensanierung
- Bundespolizei Bredstedt, Sanierung Unterbringung Mehrzweckgebäude
- Bundespolizei Ratzeburg, Sanierung der Gebäude 4 und 13
- Bundespolizei Brunsbüttel, Neubau des Dienstgebäudes
- Wasser- und Schifffahrtsamt Brunsbüttel, Neubau des Dienstgebäudes
- Otto-von-Bismarck-Stiftung Friedrichsruh, Neubau eines Veranstaltungsgebäudes

Landesbau

Organisation und Personal

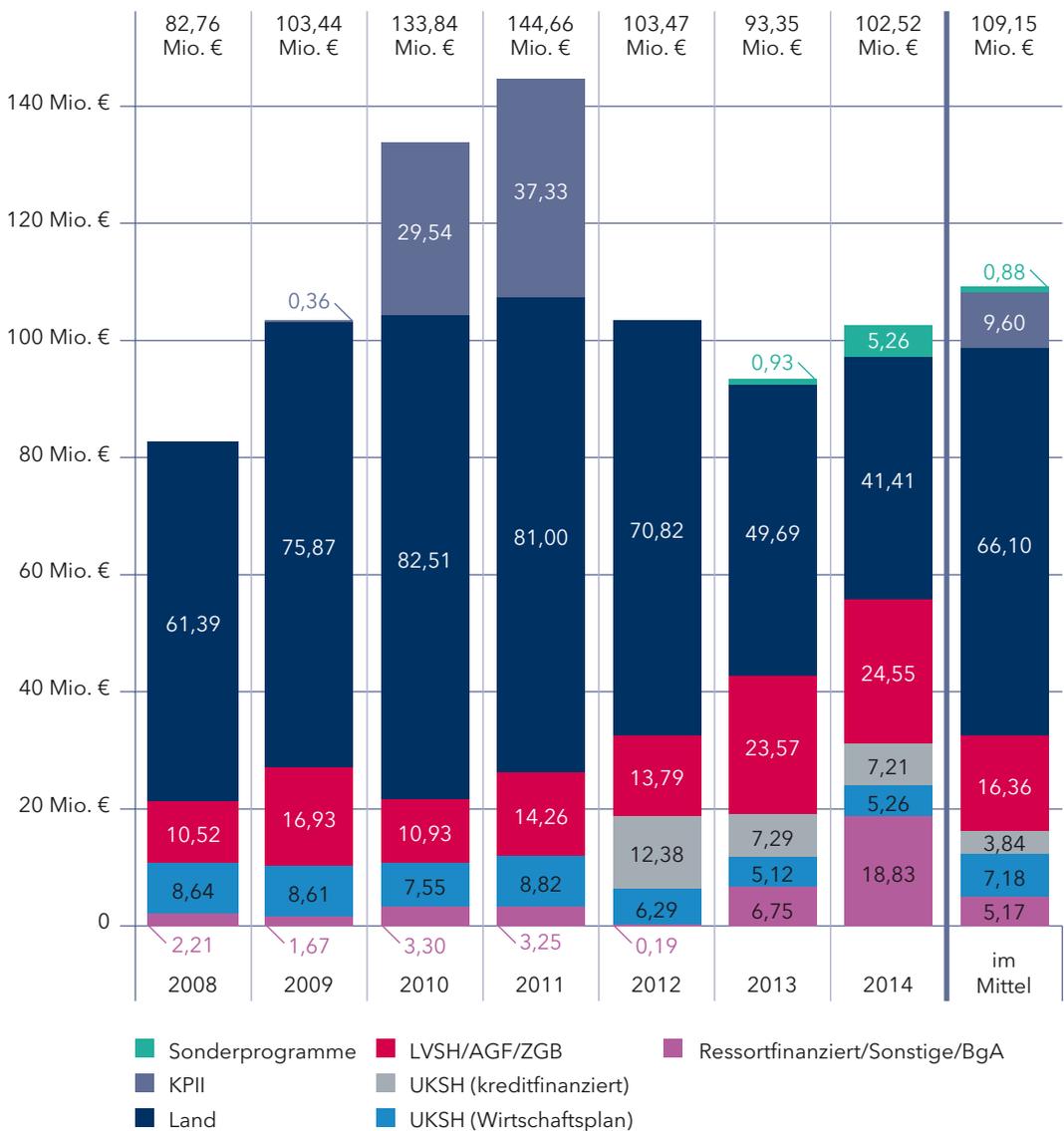
Der Geschäftsbereich Landesbau hatte im Jahr 2014 neben den Baumaßnahmen des Einzelplans 12 mit dem dort angesiedelten Sonderprogramm „Gebäude für medizinische Forschung und Lehre“ wiederum in zunehmendem Umfang auch Vorhaben aus Sondervermögen und Sonderfinanzierungen (Hochschulsanierung, PROFI und vom UKSH vorfinanzierte Maßnahmen) vorzubereiten bzw. umzusetzen. Dabei bestanden im Jahr 2014 weiterhin starke Unsicherheiten bezüglich des künftig insgesamt umzusetzenden Bauvolumens, was die Personalbedarfsplanung außerordentlich erschwerte. So prognostizierte die GMSH zur Verwaltungsratssitzung im Juli 2014 für die nächsten zehn Jahre ein mittleres Bauvolumen von ca. 111 Millionen Euro, während in der Dezembersitzung mit den dann vorliegenden Informationen nur noch von gemittelten 101 Millionen Euro ausgegangen werden konnte. Vor diesem Hintergrund wurde die Personalbedarfsplanung in Kontinuität zu den Vorjahren auf ein konstantes Grundniveau von 365 Vollkräften eingestellt. Aufgrund der Verfahrensvereinbarung mit der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU), dem dringenden Bedarf für die Durchführung von Brandverhütungsschauen im Hochschulbereich und der fortbestehenden personellen Beanspruchung im Bereich des Behördenfunks wurden jedoch unabhängig von dem aus dem Bauausgabevolumen abzuleitenden Personalbedarfen in Abstimmung mit dem Finanzministerium für diese Aufgaben drei Vollkräfte zusätzlich vorgesehen.

Ende 2014 zeichnete sich ab, dass entgegen der bisher im Rahmen des Konsolidierungspfades erwarteten deutlichen Absenkung des haushaltsfinanzierten Bauvolumens zukünftig mit Neuinvestitionen des Landes zu rechnen sei. Daraufhin hat der Verwaltungsrat den Wirtschaftsplan 2015–2017 mit der Auflage beschlossen, dass so früh wie möglich ein Nachtrag bezüglich zusätzlicher Personalkapazitäten vorzulegen ist, der dem Anstieg des Bauvolumens Rechnung trägt. Somit stellen die bislang geplanten Personalkapazitäten von 368 Vollkräften des Jahres 2014 lediglich die Basis für einen in den nächsten Jahren erforderlichen moderaten Personalaufwuchs dar. Bereits im Dezember hat das Finanzministerium avisiert, dass als Grundlage der entsprechenden Planungen der GMSH insbesondere bezüglich der Sondervermögen die künftig zu erwartenden Bauvolumina umfänglich ermittelt und kommuniziert werden.

Bauausgaben

Das folgende Diagramm stellt die Zeitreihe der Bauausgaben von 2008 bis 2014 dar:

Grafik 1: Ist-Bauausgaben

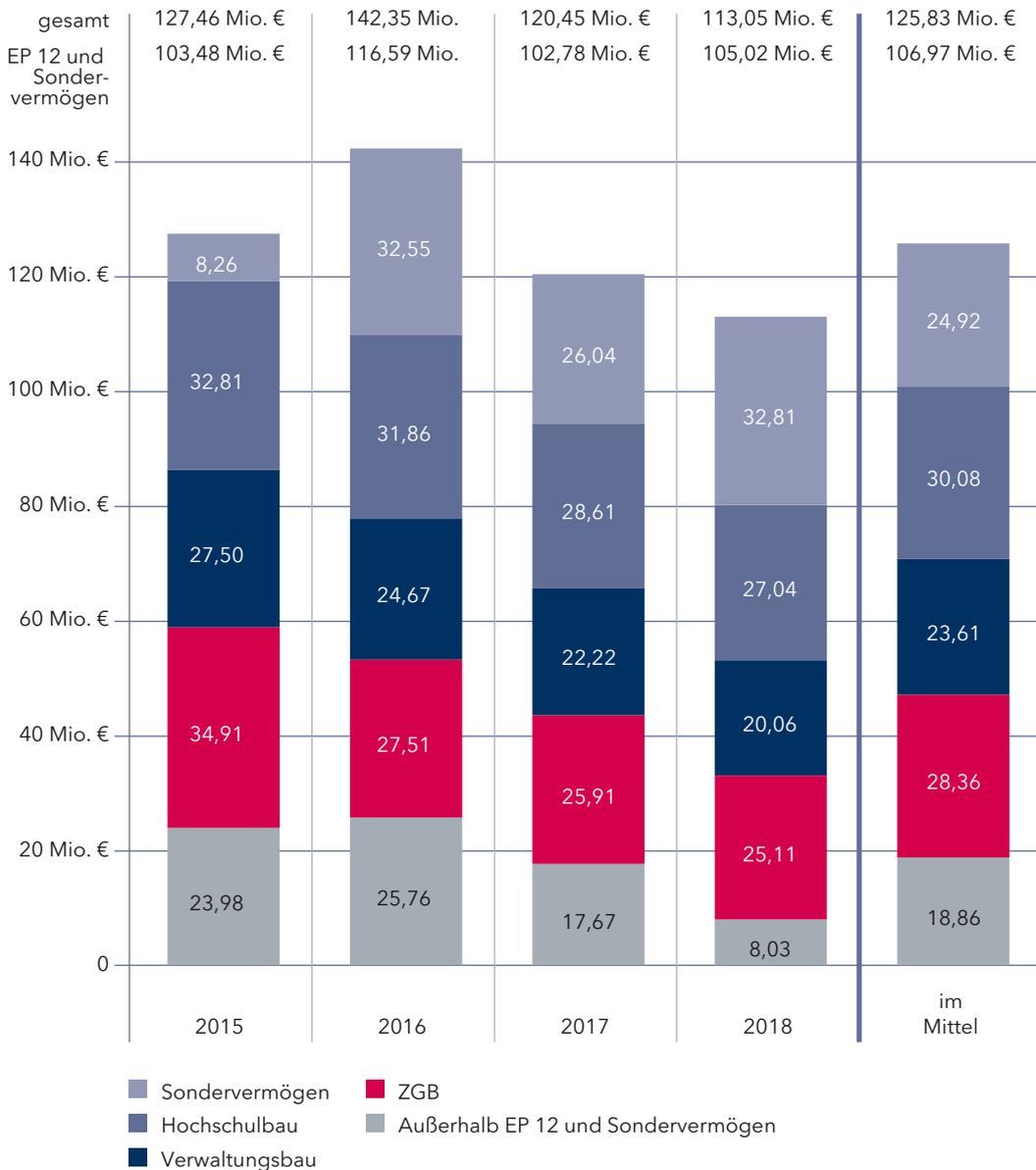


Die Zusammenstellung der Bauvolumina der GMSH orientiert sich nach den Kundensegmenten, die Herkunft der Finanzmittel der unterschiedlichen Bereiche tritt in den Hintergrund. Hieraus folgt eine aufgabenorientierte Zuordnung abweichend zur reinen Haushaltssystematik des Einzelplans 12.

Der Trend des sinkenden Bauvolumens im Kernhaushalt (Landesmittel des Einzelplans 12 einschließlich ZGB) setzte sich auch im Jahr 2014 fort. Während im Jahr 2011 noch ca. 95 Millionen Euro an Bauausgaben entstanden sind, waren es 2012 nur noch knapp 85 Millionen Euro, um 2013 auf etwas mehr als 73 Millionen Euro und 2014 auf knapp 66 Millionen Euro abzufallen. Letztlich hat sich in der Rückschau das gesamte Bauvolumen auf dem prognostizierten gemittelten Ansatz von 109,2 Millionen Euro eingependelt.

Die in der Grafik 2 abgebildeten aktuellen Prognosen stellen ein nun gänzlich anderes Bild dar. Nach den mitgeteilten Daten aus dem Finanzministerium stabilisiert sich der Kernhaushalt aus Hochschulbau, Verwaltungsbau und dem Bauen für das ZGB im Mittel der Jahre 2015 bis 2018 oberhalb von 80 Millionen Euro. In der Übersicht ergibt sich folgendes Bild:

Grafik 2: Bauumsatzprognosen 2015 bis 2018



Aus der Grafik 2 in Verbindung mit der Grafik 1 ist ersichtlich, dass nach Abschluss der kreditfinanzierten Maßnahmen im Bereich des UKSH spätestens ab Mitte 2018 im Bereich des Wirtschaftsplans UKSH in den an den Immobilienpartner übertragenen Gebäuden keine Bautätigkeit durch die GMSH mehr stattfinden wird. Die Schnittstellen zu den Bauvorhaben des Immobilienpartners sind vielfältig und komplex, so dass mit großer Sorgfalt vorgelagerte und parallele Tätigkeiten aufeinander abgestimmt werden müssen, um nicht unwirtschaftlich zu agieren.

Auch zeichnen sich Bauaktivitäten im Bereich des infrastrukturellen Rahmens um die Neu- und Umbauvorhaben des privaten Partners ab.

Im Jahr 2015 wird hinsichtlich der personellen Basis des Geschäftsbereichs Landesbau auf die Entwicklungen zu reagieren sein, um den Erwartungen des Landes zur termin- und qualitätsgerechten Realisierung der Baumaßnahmen gerecht werden zu können.

Grundsatzaufgaben

1. Verwaltungsabkommen Universität zu Lübeck

Seit dem 1. Januar 2015 ist das Stiftungsgesetz in Kraft. Die GMSH hat im Verlauf des Jahres 2014 zahlreiche Versuche unternommen, mit der Stiftungsuniversität ein Verwaltungsabkommen zur Neuregelung der Zusammenarbeit zu schließen. Bis heute konnte jedoch kein Verwaltungsabkommen zwischen der Universität zu Lübeck und der GMSH geschlossen werden, da der in Aussicht gestellte, das Stiftungsgesetz konkretisierende Grundlagenerlass des Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung aussteht. Bereits im letzten Quartal 2014 zeichnete sich ab, dass die Unsicherheiten hinsichtlich der rechtlichen Grundlage die bisher sehr produktive Zusammenarbeit zwischen Universität und GMSH beeinträchtigen.

2. Verfahrensvereinbarung UKSH

Im Oktober 2014 wurde die Nachtragsvereinbarung zur Verfahrensvereinbarung mit dem UKSH ratifiziert. Festgelegte Änderungen wurden bereits im Vorfeld umgestellt. Wesentlicher Punkt ist die nochmalige Klarstellung der Abrechnungsmodalitäten.

Da sich abzeichnet, dass die Tätigkeit des Geschäftsbereichs Landesbau für den Wirtschaftsplan nicht wie erwartet mit dem 30. Juni 2015 endet, sondern in den nicht fremdbewirtschafteten Teilen der Liegenschaften fortgesetzt wird, ist eine nochmalige Novellierung notwendig.

3. Verfahrensvereinbarung CAU

Mit der Verfahrensvereinbarung ist festgelegt, dass die GMSH die Position eines Key-Account-Managers CAU einzurichten hat. Die Key-Account-Managerin hat ihre Tätigkeit erfolgreich aufgenommen. Die Kommunikation zwischen CAU und GMSH hat sich deutlich verbessert.

Auf administrativer und haushaltlicher Ebene waren in 2014 jedoch noch zahlreiche Einzelfragen zur Umsetzung zu klären. Da die Regelungen der Verfahrensvereinbarung nicht sämtlich mit den vom Land vorgegebenen Haushaltsverfahren kompatibel sind, wurden vorläufig abweichend von den Festlegungen der Verfahrensvereinbarung, die ein einheitliches integriertes Verfahren vorsehen, separat landesfinanzierte Baumaßnahmen und Baumaßnahmen aus Mitteln der CAU umgesetzt. Ziel ist, die angestrebte Vereinheitlichung der Verfahren für Baumaßnahmen der CAU trotz der administrativen Barrieren zu realisieren.

Baumaßnahmen (Planung und Ausführung)

1. Hochschulbau

Der nur unmittelbar landesfinanzierte Hochschulbau stellt unverändert eine feste Größe im Aufgabenvolumen des Geschäftsbereichs Landesbau dar. Neben hochbaulichen Maßnahmen werden auch Investitionen in Datennetze und technische Infrastruktur umgesetzt. Der große Umfang neu begonnener Planungen lässt auch für die Zukunft auf eine stabile Entwicklung dieses Aufgabenfeldes schließen.

2. Justizvollzugsbau

Die Modernisierung der Justizvollzugsanstalten des Landes wurde auch in 2014 fortgesetzt. In der Baudurchführung befanden sich:

- Justizvollzugsanstalt (JVA) Lübeck, Neubau der Küche und Wäscherei (2. Bauabschnitt)
- JVA Lübeck, Verlegung der Verwaltung und des Besucherzentrums
- JVA Neumünster, Sanierung von Haus C (4. Bauabschnitt)
- Umsetzung eines zentralen Sicherheitskonzeptes für alle Justizvollzugsanstalten in Schleswig-Holstein

Laufende Planungen:

- JVA Kiel, Erweiterung der Anstaltsmauer
- JVA Kiel, Neubau einer Sporthalle
- JVA Lübeck, Neubau einer Werkhalle für den offenen Vollzug
- JVA Neumünster, Abriss und Neubau von Haus B einschließlich Interimsmaßnahmen
- JVA Neumünster, Sanierung und Umbau von Haus A für die Unterbringung von Untersuchungsgefangenen
- Jugendanstalt (JA) Schleswig, Neubau eines Unterkunftsgebäudes
- Jugendarrestanstalt (JAA) Moltsfelde, Neubau eines Unterkunftsgebäudes
- JAA Moltsfelde, Neubau einer Werkhalle

Fertiggestellte und übergebene Maßnahmen:

- JVA Neumünster, Haus C (3. Bauabschnitt)
- JVA Lübeck, Neubau einer Küche und Wäscherei (1. Bauabschnitt)

3. ZGB-Verwaltungsbau

Die Aufgabenentwicklung im ZGB war auch in 2014 davon geprägt, dass Sanierungs- und Instandhaltungsaufgaben zunehmend zu größeren Baumaßnahmen zusammengefasst wurden. Der Anteil kleiner Vorhaben der Bauunterhaltung ging demgegenüber weiter zurück, was im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit der Bearbeitung grundsätzlich zu begrüßen ist. Das Volumen der im ZGB in Angriff genommenen Neu- und Ersatzneubauten verstetigte sich.

Weiterhin stellt auch die Planung und Umsetzung von Brandschutzmaßnahmen eine feste Größe dar.

4. Vorhaben mit besonderen Verfahrensvorgaben

PROFI – Programm für vorsorgende Finanzpolitik

Die GMSH hat zeitgerecht eine Vielzahl zur Realisierung von Energieeinsparungen geeigneter großer hochbaulicher und kleinteiliger technischer Maßnahmen vorgeschlagen. Aufgrund einer vorlaufenden Untersuchung der GMSH in der CAU zu möglichen Contracting-Verfahren lag schon Mitte 2012 eine Übersicht möglicher Maßnahmen für die Liegenschaften der CAU vor.

Freigegeben bzw. geplant wurden inklusive Baunebenkosten:

- Kleinteilige Energiesparmaßnahmen in der CAU 2,0 Millionen Euro
- Energiesparmaßnahmen, die im früheren Energiesparprogramm des Landes bereits ausgeplant worden waren und auch die aktuellen Kriterien der Wirtschaftlichkeit erfüllen 2,6 Millionen Euro
- ZGB-Liegenschaften: Maßnahmen der Technischen Ausrüstung, d.h. Energiesparmaßnahmen 10,4 Millionen Euro
- Landgericht Lübeck, Fassadensanierung 6,9 Millionen Euro
(noch nicht genehmigt)
- JVA Neumünster, Energetische Maßnahmen am Gebäude C 1,4 Millionen Euro
- CAU, Fassadensanierung der Mensa I 1,2 Millionen Euro
- Amtsgericht Bad Segeberg, Fassadensanierung 1,7 Millionen Euro
- Fachhochschule Kiel, Sanierung der Fassade und Fenster von Gebäude 13 2,3 Millionen Euro
(noch nicht genehmigt)
- Polizeizentrum Eichhof, Energetische Sanierung 1,5 Millionen Euro
(noch nicht genehmigt)
- Amtsgericht Pinneberg, Fassadensanierung 2,5 Millionen Euro

Laufende Baumaßnahmen

- Universität zu Lübeck / Fachhochschule Lübeck, Wärmeversorgung

5. Zukunftskonzept CAU

5.1. Entwicklungsplanung CAU

Das Ziel der Entwicklungsplanung ist die Sanierung der Gebäudesubstanz, die Ergänzung des Städtebaus und die Attraktivierung der Standortqualitäten in den Sektoren. Diese Ziele sollen im Zusammenhang mit den notwendigen und geplanten Umzugsszenarien im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Dafür war ein 165-Millionen-Euro-Paket zwischen Land und CAU vereinbart worden, das in 10 bis 15 Jahren schrittweise umgesetzt werden soll.

Für den Start dieser Maßnahmen sind umfangreiche Planungsvorgaben durch die CAU erforderlich. Dabei kollidieren

- die zeitlichen Anforderungen mit den hochschulinternen Abstimmungsprozessen
- der Wunsch der langfristigen Optimierung der Hochschulstandorte, die zum Teil im baulichen Entwicklungsplan vorgesehen war
- die Schwierigkeit, Flächeneinsparungen umzusetzen

- und der Wunsch, zukunftsweisende Entwicklungen aufzunehmen mit der Notwendigkeit, kurzfristig verlässliche Planungsgrundlagen festzulegen, zu beschließen und für den weiteren Planungsprozess ohne Abänderungen und Modifikationen freizugeben. Dies prägt alle laufenden Planungsprozesse.

5.2. Bibliothekskonzept CAU

Seit Mitte 2013 wird an der Erstellung eines Bibliothekskonzeptes zur Reduzierung der Bibliotheksflächen und Optimierung der Bibliotheksabläufe für die CAU mit Unterstützung des Hochschul-Informationssystem e. G. (HIS) gearbeitet. Konsens mit der CAU ist es, in den drei Sektoren jeweils einen Bibliotheksverbund als Zusammenschluss der Fachbibliotheken aus dem jeweiligen Sektor zu erreichen.

Die Festlegungen zur Umsetzung des Bibliothekskonzeptes erfolgen mit den Fakultäten in mehreren Stufen nach mehrfach gestaffelten Vorabstimmungen. Dadurch ist der Abstimmungs- und Entwicklungsprozess sehr langwierig und schwerfällig.

5.3. Sanierung und Ersatzneubauten CAU Sektor 1 (Angerbauten)

Aufgrund der fortschreitenden Schäden an den Fassaden der sogenannten Angerbauten der CAU wurde von der GMSH eine statisch-konstruktive Begutachtung beauftragt. Das unter dem 16. September 2014 vorgelegte Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass die Fassaden nur noch eine begrenzte Standzeit (fünf Jahre) aufweisen und damit eine Gefahrenquelle darstellen. Die statische Bewertung mündete in die bauaufsichtliche Auflage, die Gefahrenquelle bis Ende 2020 durch Sanierung oder Freizug und Sperrung der Gebäude zu beseitigen.

Parallel wurden bauliche Sicherungs- und Sofortmaßnahmen eingeleitet und die gefährdeten Bereiche um die Gebäude herum gesperrt sowie ein besonders gefährdeter Fassadenteil abgetragen.

Mit der PEG vom 23. Oktober 2014 wurde den zuständigen Ministerien die technische Sanierungsnotwendigkeit und verschiedene Handlungsalternativen dargestellt. Die CAU hat ihrerseits aufgrund des generell nur eingeschränkt zukunftsfähigen Zustands der Gebäude die Errichtung von Ersatzneubauten gefordert. Zwischenzeitlich zeichnet sich ein Lösungsansatz aus Grundsanierungen und Ersatzneubauten ab. Betroffen ist ein Flächenbestand von 16.500 Quadratmetern mit einem Kostenvolumen von etwa 110 Millionen Euro (+/- 30 Prozent).

Der vom Land angestrebte Finanzierungsweg ist in der GMSH noch nicht vollumfänglich bekannt.

6. Sondervermögen Hochschulsanierung

Im Sondervermögen steht derzeit für die kommenden Jahre ein Volumen von 85,6 Millionen Euro zur Verfügung. Zur Umsetzung sind bisher folgende Projekte durch Planungsauftrag verbindlich vorgesehen:

- Fachhochschule Lübeck, Sanierung der Gebäude 14 und 15
- UKSH Campus Kiel, Sanierung der Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde
- Universität zu Lübeck, Tierstall / S3-Labore

Aus dem Sondervermögen Hochschulsanierung CAU Kiel, angemeldet sind Maßnahmen im Umfang von 193 Millionen Euro, u. a.:

- Neubau Juridicum 16 Millionen Euro
- Angerbauten (Lise-Meitner-Str. 8-12) 20 Millionen Euro
(ggf. ergänzt durch zusätzliche Baumaßnahmen in Höhe von 57 Millionen Euro im Rahmen eines ÖPP-Verfahrens)
- Ersatzneubau Tierhaltung 26 Millionen Euro

Ein konkreter Planungsauftrag liegt jedoch bisher erst für die Tierhaltung und den Neubau am Standort der Technischen Fakultät vor.

Die Konkretisierung geeigneter Maßnahmen verzögert sich weiterhin durch erheblichen Erörterungsbedarf hinsichtlich der Priorität einzelner Vorhaben in der Sphäre der Hochschulen.

7. Vorhaben für Forschung und Lehre der medizinischen Fakultäten in Kiel und Lübeck

Im Rahmen der notwendigen Baumaßnahmen für die Forschung und Lehre der Medizinischen Fakultäten beider Universitäten stellt das Land Schleswig-Holstein insgesamt 160 Millionen Euro für Baumaßnahmen an den Campi Kiel und Lübeck zur Verfügung. Die Haushaltsmittel verteilen sich mit 96,4 Millionen Euro auf den Standort Kiel und 63,6 Millionen Euro auf den Standort Lübeck. Das Programm lief in 2013 und 2014 mit noch geringen Umsätzen hauptsächlich im Bereich der Planungen für je ein Forschungsgebäude in Kiel und Lübeck sowie die erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen an beiden Campi an. Die Vorhaben entwickeln sich entsprechend den ursprünglichen Grundlagen termingerecht. Aus den anlaufenden Planungen des Immobilienpartners des UKSH ergeben sich jedoch Wechselwirkungen, deren Auswirkungen auf die Landesvorhaben noch nicht abschließend eingeschätzt werden können.

Zu wesentlichen Bauumsätzen kommt es plangemäß in den Jahren von 2015 bis 2021, im Jahr 2023 laufen die Baumaßnahmen aus.

Baumaßnahmen am UKSH-Campus Kiel:

- Neubau Forschungsgebäude 1
- Neubau Forschungsgebäude 2
- Herrichtung von Gebäude 506 (Innere Medizin)
- Erweiterung der Tierhaltung
- Infrastrukturmaßnahmen

Baumaßnahmen am Universitätscampus Lübeck:

- Neubau BMF 1 (Biomedizinische Forschung)
- Herrichtung von Gebäude 12 (ehemalige Frauenklinik)
- Infrastrukturmaßnahmen

Unter finanzieller Beteiligung der CAU wird der Forschungsbau 1 in Kiel als eines der ersten Laborgebäude bundesweit nach den Kriterien des Nachhaltigen Bauens zertifiziert werden.

8. Kreditfinanzierte Landesbaumaßnahmen des UKSH

Die folgenden Baumaßnahmen wurden von der GMSH beauftragt:

- Campus Lübeck, Verlagerung der Frauenklinik
- Campus Lübeck, Neubau eines Parkhauses mit Anbindung
- Campus Lübeck, Umrüstung der Apotheke (Mischfinanzierung von UKSH und Finanzministerium)
- Campus Lübeck, Verlegung des Zentrallabors
- Campus Kiel, Sanierung und Erweiterung der Apotheke
- Campus Kiel, Neubau des Zentrallabors
- Campus Kiel, Interimslösung für das Zentrallabor
- Campus Kiel, Neubau der Kindertagesstätte
- Campus Kiel, Neubau einer Leukämiestation

Das Gesamtinvestitionsvolumen bis 2018 beträgt inzwischen über 85 Millionen Euro Baukosten.

9. Weitere Planungen

- Zentrum für Integrative Psychiatrie (ZIP), Neubau eines Bettenhauses und Sanierung von Bestandsgebäuden
- LKN, Gerätestützpunkt Sylt und diverse Hallenbauten in Schleswig-Holstein
- Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster
- Erstaufnahmeeinrichtung in Boostedt

10. Weitere Ausführungen

- Wikingermuseum Haithabu, Sanierung der Dächer und der Fassaden
- Stiftung Schloss Gottorf, Herrichten des Zentralmagazins am Hesterberg
- Stiftung Schloss Gottorf, Eisen Kunst Guss Museum
- ZIP, Umbau der Gebäude 35, 511 und der Ambulanz
- Freilichtmuseum Molfsee

Nach Übernahme des Freilichtmuseums Molfsee durch die Stiftung Schloss Gottorf hat die GMSH ihre bisherige Tätigkeit für die Stiftung auch auf diese Liegenschaft ausgeweitet und erste Maßnahmen realisiert. Hierzu gehören Sanierungen des Eingangsgebäudes, der Meierei und der Infrastruktur, die Planung für ein Lichtkonzept sowie Neubauvorhaben wie z.B. eine Pultdachhalle für Traktoren. Nach Abschluss des Wettbewerbs für das neue Ausstellungsgebäude begleitet die GMSH die weiteren Planungen (geplantes Bauvolumen ca. 12 Millionen Euro). Die Fertigstellung des Gebäudes ist für 2019 geplant.

Unterstützende Leistungen

BOS-Digitalfunknetz des Landes Schleswig-Holstein

- Die laufenden Optimierungsmaßnahmen im BOS-Netz binden für damit verbundene bauliche Maßnahmen weiterhin Kapazitäten in Projektleitung und Baudurchführung. Diese Leistungen bestehen im Wesentlichen in der Verbesserung schon bestehender Anlagen (Verfügbarkeitserhöhung des Netzes und Sicherung der Redundanz), dem Bau neuer Basisstationen sowie der Planung und Realisierung der baulichen Infrastruktur. Die Leistungen werden ca. vier Jahre in Anspruch nehmen.

- Mit fortschreitendem Übergang in die Betriebsphase kommt dem Geschäftsbereich Landesbau dauerhaft eine zentrale Rolle bei der Abwicklung von Drittnutzungsinteressen zu (technisch Voraussetzungen, Überwachung der baulichen Realisierung). Für den aktiven Betrieb der BOS-Türme und -Masten werden diese regelmäßig durch eigenes fachlich qualifiziertes Personal der GMSH-Fachgruppe Tragwerksplanung auf Grundlage der aktuellen technischen Vorschriften standsicherheitstechnisch untersucht, Leiterprüfungen durchgeführt und die Türme standsicherheitstechnisch für die weitere Nutzung freigegeben.

Übernahme von delegierbaren Fachleistungen

In den operativen Baugruppen wurde die Übernahme von delegierbaren Fachleistungen aus dem Projektmanagementbereich für Große Baumaßnahmen vorbereitet und teilweise bereits erbracht. Die Projektleitungskompetenz wurde verstärkt und der Bauherrenbereich mit der Leitung von Großen Baumaßnahmen in Eigenleistung im Fachbereich Baudurchführung gezielt entlastet. Die Aufgaben für die Stiftung Schloss Gottorf wurden deutlich ausgeweitet, es werden umfangreiche Maßnahmen für das Jüdische Museum Rendsburg, das Wikingermuseum Haitabu und erste Baumaßnahmen im Freilichtmuseum Molfsee umgesetzt.

Organleihe für den Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein

Die GMSH ist für hochbauliche Maßnahmen des LBV-SH tätig. Die Zusammenarbeit mit dem LBV-SH konnte erfolgreich fortgesetzt werden.

Wertermittlung / Grundvermögensverzeichnis (GVV-SH)

Anfang 2010 wurde der Fachgruppe Wertermittlung die Bearbeitung und Weiterentwicklung des Grundvermögensverzeichnisses Schleswig-Holstein übertragen.

Aufgrund des erheblichen Umfangs wurde auch in 2014 an der Erledigung dieser Aufgabe gearbeitet. Bis Anfang Dezember wurden sämtliche Polizeiliegenschaften des Landes bewertet und die ermittelten Liegenschaftsdaten anschließend im GVV-SH (CAFM-Programm pit-FM) hinterlegt sowie im GVV-Webtool für die für die Daten verantwortlichen Stellen sichtbar gemacht.

Im Mai des Jahres wurde im Rahmen der Zielvereinbarung mit dem Finanzministerium ein Konzept zur Weiterentwicklung des Grundvermögensverzeichnisses des Landes Schleswig-Holstein vorgelegt. Hierin wurde untersucht, wie im GVV-SH die Grundstückswerte nach handelsrechtlichen Prinzipien (Anschaffungskosten, AfA) dargestellt werden können. In diesem Zusammenhang wurden auch ergänzende Aspekte zum Aufwand der Datenerhebung, der Validität der Datenbasis sowie Kosten und DV-Unterstützung untersucht.

Des Weiteren wurden u. a. nachfolgend genannte Maßnahmen als laufende Projekte bearbeitet:

- Gutachten Niemannsweg 220, Kiel
(Dienstgebäude ehem. Wehrbereichskommando I)
- Gutachten landwirtschaftliche Flächen auf Eiderstedt
- Gutachten Finanzamt Holtenauer Str. 183, Kiel
- Gutachten ehem. Muthesius-Kunsthochschule im kooperativen Verfahren mit der BlmA
- Bewertung von Erbbaugrundstücken in Ostholstein
- Nachlassbewertungen in weiteren Bundesländern
- Zahlreiche dringliche Gutachten und Untersuchungen für das Finanzministerium

In 2014 wurden zusätzlich im Tagesgeschäft 34 Gutachten in Höhe von 13,5 Millionen Euro bearbeitet. Im Rahmen der Liegenschaftserfassung wurden Bewertungen mit einem Zeitwert von ca. 262 Millionen Euro durchgeführt.

Zuwendungsbau

Die Fachgruppe Zuwendungsbau erhält kontinuierlich durch verschiedene Bundes- und Landesministerien sowie durch die Kommunen Aufträge zu baufachlichen Prüfungen.

In 2014 wurden 42 Anträge bzw. Nachträge aus verschiedenen Förderprogrammen mit einem Prüfvolumen von rund 84 Millionen Euro geprüft. Diese Maßnahmen befinden sich in der Baudurchführung. Weiterhin liegen der Fachgruppe vier Anträge zur baufachlichen Prüfung mit einem Prüfvolumen von rund 14 Millionen Euro vor. Diese Maßnahmen befinden sich in der Prüfungsphase.

Die Fachgruppe Zuwendungsbau hat durch verschiedene Bundes- und Landesministerien sowie durch die Städte Lübeck und Flensburg 14 Aufträge zu baufachlichen Prüfungen mit einem Prüfvolumen von rund 43 Millionen Euro erhalten. Diese Maßnahmen befinden sich in der Beratungsphase.

Weitere Anträge aus verschiedenen Förderprogrammen (u. a. BMUB-Sonderprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“; Städtebauförderung; Promenaden) wurden angekündigt.

In 2014 wurden 44 Verwendungsnachweise fertiggestellter Baumaßnahmen aus verschiedenen Förderprogrammen geprüft. Das Volumen umfasst rund 49 Millionen Euro.

Zurzeit befinden sich 75 Maßnahmen in der Überprüfung der Bauausführung. Die überwachten Kosten umfassen rund 380 Millionen Euro. Ferner wurden 42 Maßnahmen mit einem Prüfvolumen von rund 335 Millionen Euro fertig gestellt. Die Verwendungsnachweise werden durch die Zuwendungsempfänger momentan aufgestellt und der Fachgruppe Zuwendungsbau zur Prüfung eingereicht.

Im laufenden Jahr wurden zwei Verwendungsnachweise fertiggestellter Baumaßnahmen mit einem Prüfvolumen von rund zwei Millionen Euro aus verschiedenen Förderprogrammen geprüft. Zwölf weitere Verwendungsnachweise mit einem Prüfvolumen von rund 30 Millionen Euro befinden sich in der Prüfungsphase.

Zwischen Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und der Bundesagentur für Arbeit wurde eine Vereinbarung für die berufliche Betreuung der Zuwendungsmaßnahmen zur Jugendwohnheimförderung abgeschlossen, da eine berufliche Betreuung der Zuwendungsmaßnahmen durch die Bundesagentur für Arbeit nicht erfolgen kann. Die Fachgruppe Zuwendungsbaueinrichtung wurde mit der Betreuung von sechs Zuwendungsmaßnahmen für den Bereich Schleswig-Holstein beauftragt.

Gebäudebewirtschaftung

Grundlagen

Der Geschäftsbereich Gebäudebewirtschaftung nimmt für die landesgenutzten Immobilien die Bewirtschaftungsaufgaben wahr. Er handelt dabei im Namen und für Rechnung des Landes (Organleihe). Nähere Einzelheiten zur Aufgabenwahrnehmung sind in einem Verwaltungsabkommen zwischen Land und GMSH geregelt. Die operativen Aufgaben werden in einem Bewirtschaftungskatalog spezifiziert.

Organisation / Personal / IT-Unterstützung

Die operativen Bewirtschaftungsaufgaben wurden unverändert von der nach regionalen Zuständigkeitsbereichen organisierten Objektbetreuung wahrgenommen. Insgesamt neun Objektbetreuer und 23 Objektbewirtschaftler waren in sechs Bürostandorten als Ansprechpartner der Landesdienststellen und Leistungssteuerer vor Ort für eine ordnungsgemäße und wirtschaftliche Bewirtschaftung im Einsatz. Sie koordinierten sowohl den Einsatz des eigenen Personals als auch die von der GMSH beauftragten Firmen.

Gemäß dem Personalkonzept für die Gebäudebewirtschaftung werden die operativen Bewirtschaftungsaufgaben nur soweit mit eigenem Personal durchgeführt, wie dies zu wirtschaftlichen Vorteilen für das Land führt. In dieser Ausrichtung werden Reinigungsleistungen zunehmend durch vertraglich gebundene Unternehmen erbracht. In 2014 waren in der GMSH durchschnittlich noch 107 (119¹) Reinigungskräfte (59 (65) Vollkräfte) beschäftigt. Daneben beschäftigte die GMSH in 2014 für die übrigen vor Ort zu erbringenden Bewirtschaftungsleistungen 147 (147) eigene Hausmeister, Hausarbeiter und Haushandwerker (145 (145) Vollkräfte).

Die örtliche Objektbetreuung wird aus der Zentrale in Kiel von spezialisierten Fachleuten des kaufmännischen, technischen und infrastrukturellen Gebäudemangements unterstützt.

Dort erfolgt die Bearbeitung aller übergeordneten und grundsätzlichen Bewirtschaftungsthemen. Des Weiteren sind dort in einem eigenen Fachbereich die zur Liegenschaftsverwaltung gehörenden Aufgaben der Verwaltung der An- und Vermietungsverträge sowie der Anerkennung und Deckung von Raumbedarfen organisiert.

Insgesamt waren im Geschäftsbereich Gebäudebewirtschaftung in 2014 durchschnittlich 375 (386) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (319 (324) Vollkräfte) tätig.

Die in den Vorjahren im Geschäftsbereich Gebäudebewirtschaftung vorgenommenen organisatorischen Anpassungen haben sich bewährt. Allerdings wurde deutlich, dass die Aufgabenmehrungen der letzten Jahre nicht ohne Personalanpassungen zu bewältigen sind. Zum Jahresbeginn 2015 wurde der GMSH mit der Betriebsführung der technischen Anlagen in den Justizvollzugsanstalten eine weitere umfangreiche Aufgabe übertragen. Um nachhaltige Erfüllungsdefizite auszuschließen, wird die Gebäudebewirtschaftung in 2015 eine weitere personelle Anpassung vornehmen müssen.

¹ Kursive Klammerangaben bedeuten Vorjahresstand

Im Bereich des Energiemanagements bestand der personelle Engpass in 2014 fort. Von neun Ingenieurstellen in den beiden Fachgruppen Energiecontrolling und Betriebsoptimierung waren in 2014 vier Stellen vakant. Die Gewinnung geeigneter Fachkräfte gestaltet sich in dieser Ingenieurdisziplin am Arbeitsmarkt derzeit sehr schwierig.

Das seit dem 1. Januar 2013 nach einer kompletten Neukonfiguration im Einsatz befindliche SAP-basierte Buchungs- und Auswertungssystem hat sich im zweiten Betriebsjahr bewährt. Damit steht jetzt für alle liegenschaftsbezogenen Bewirtschaftungskosten und den Datenaustausch mit der Kosten- und Leistungsrechnung des Landes ein leistungsfähiges und zuverlässiges Instrument zur Verfügung, welches als Grundlage für alle Optimierungsüberlegungen die notwendige Kostentransparenz liefert.

Neben dem für die kaufmännischen Bereiche führenden SAP-System wird zur Unterstützung des technischen und infrastrukturellen Gebäudemanagements das CAFM-System pit-FM eingesetzt. Ein besonderer Entwicklungsschwerpunkt war in 2014 die Implementierung der IT-Unterstützung für die Prozesse der Entsorgung. Aufgrund der Komplexität der Aufgabenstellung musste die ursprünglich für 2014 geplante Inbetriebnahme dieses Moduls auf 2015 verschoben werden.

Bewirtschaftungsumfang

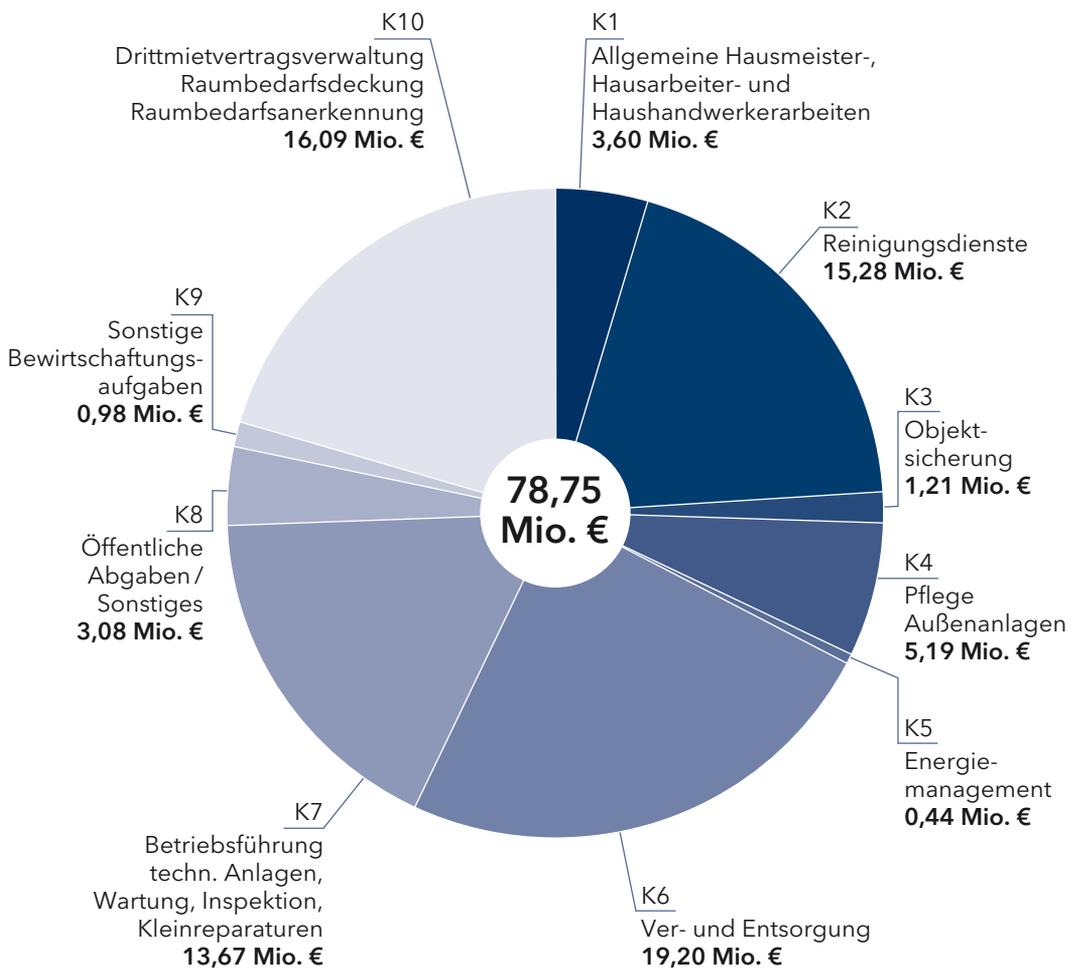
Am 31. Dezember 2014 umfasste die Bewirtschaftung über alle Städte und Kreise in Schleswig-Holstein verteilt 725 (741) Liegenschaften. Auf die Fläche bezogen bilden die landeseigenen Liegenschaften den größten Anteil, von der Anzahl her überwiegen die Drittanmietungen. Dies erklärt sich neben der Vielzahl kleinerer Polizeistationen auf dem Lande auch durch die flächig im Lande verteilten BOS-Digitalfunkstationen, die ebenfalls zum Bewirtschaftungsumfang der GMSH zählen.

	ZGB ¹⁾		Land		Dritte		Summe	
	Anz	Tsd m ²	Anz	Tsd m ²	Anz	Tsd m ²	Anz	Tsd m ²
Flensburg	8	40,9	1	2,7	18	13,3	27	56,9
Kiel	37	276,7	6	77,9	38	47,3	81	401,9
Lübeck	13	92,1	5	27,9	25	13,0	43	133,0
Neumünster	10	40,3	2	32,1	13	21,1	25	93,5
Nordfriesland	44	31,8	9	8,3	51	11,5	104	51,6
Schleswig-Flensburg	11	62,7	9	44,1	40	7,1	60	113,9
Rendsburg-Eckernförde	12	18,1	6	3,6	48	35,9	66	57,6
Dithmarschen	15	32,7	3	5,6	26	6,6	44	44,9
Steinburg	14	49,9	1	1,5	15	15,2	30	66,6
Pinneberg ²⁾	15	34,4	0	0,0	25	13,8	40	48,2
Segeberg	11	34,4	1	2,3	27	13,4	39	50,1
Plön	8	17,9	0	0,0	25	5,6	33	23,5
Stormarn	8	19,4	2	2,7	20	5,0	30	27,1
Ostholstein	25	85,4	1	2,2	33	7,2	59	94,8
Herzogtum Lauenburg	11	25,4	2	2,6	31	2,8	44	30,8
	242	862,2	48	213,7	435	218,7	725	1.294,6

¹⁾ ZGB Zentrales Grundvermögen des Landes zur Behördenunterbringung

²⁾ eine BOS-Liegenschaft in Hamburg enthalten

Das Kostenvolumen lag 2014 bei rund 78,75 Millionen Euro (76,8).



Allgemeine Hausmeister-, Hausarbeiter- und Haushandwerkeraufgaben

Hierzu gehören insbesondere die hausinternen Transportarbeiten, die Unterstützung von Veranstaltungen und diverse handwerkliche Arbeiten für die Nutzer der Liegenschaften. Diese Leistungen wurden in 2014 zu rund 80 Prozent durch liegenschaftsvertrautes Personal der GMSH erbracht. Diese Strategie ermöglicht es, aus den örtlichen Hausmeisterschwerpunkten heraus jeweils mit geringem Steuerungsaufwand flexibel und zeitnah auf wechselnde Leistungsanforderungen zu reagieren.

Reinigungsdienste

In ihrer Ausrichtung als Leistungsentwickler und Leistungssteuerer stellt die GMSH die Reinigung der Landesliegenschaften sukzessive auf Fremdreinigung um. Dies erfolgt im Rahmen der natürlichen Fluktuation und stets ausgehend von der Vollausslastung des eigenen Personals. Der Anteil der

Kosten der Reinigung mit eigenem Personal lag 2014 bei rund 24 Prozent. Für zahlreiche Liegenschaften hat die GMSH in 2014 die Reinigung neu ausgeschrieben und mit dem Ziel der stetigen Kostenoptimierung dabei auch die zur Anwendung kommenden Reinigungsstandards angepasst.

Pflege der Außenanlagen

Die Leistungen in der Außenanlagenpflege erfolgten zu einem Kostenanteil von rund 25 Prozent mit eigenem Personal. Zu den Aufgaben gehören im Rahmen der allgemeinen Verkehrssicherung in den Liegenschaften auch die Winterdienste sowie die regelmäßige Überprüfung der Standsicherheit der Bäume.

Energiemanagement/Ver- und Entsorgung

Ein Schwerpunkt des Energiemanagements war in 2014 die Begleitung des Geschäftsbereichs Landesbau bei der Umsetzung des Programms für vorsorgende Finanzpolitik (PROFI). Das wird auch in den nächsten Jahren die Tätigkeit der Energieberatung vor Ort in den Liegenschaften dominieren. Des Weiteren erfolgte in 2014 die dritte landesweit gebündelte Ausschreibung für den Gasbezug. Im Ergebnis konnten über eine ausgeschriebene Menge von rund 100 Millionen Kilowattstunden pro Jahr erneut günstige Lieferpreise erzielt werden. Im Tagesgeschäft dominierten die Erfassung und das Controlling über sämtliche Verbrauchs- und Kostendaten sowie das Vertragsmanagement einschließlich der Rechnungsbearbeitung für rund 4000 Ver- und Entsorgungsverträge.

Betriebsführung von technischen Anlagen, Wartung, Inspektion und Kleinreparaturen

Die Betriebsführung der technischen Anlagen ist ein seit Jahren stetig wachsender Handlungsschwerpunkt. Die zunehmende Technisierung der Gebäude, die steigende Sensibilität bezüglich der gesetzlichen Betreiberpflichten und des Arbeitsschutzes und nicht zuletzt auch die Verbesserung der Energieeffizienz verlangen von der GMSH verstärkte Aktivitäten in diesem Bereich.

Die Aufgaben wurden 2014 zu einem Kostenanteil von rund 36 Prozent mit eigenem Personal erbracht. Das GMSH-eigene Hausmeister- und Haushandwerkerpersonal nimmt im Schwerpunkt technische Bedienungs- und Kontrollaufgaben, kleinere Reparaturaufgaben und Störungsbeseitigungen wahr. Mit größeren Reparaturen und Wartungsaufgaben an technisch komplexen Anlagen wurden auch 2014 überwiegend Fremdunternehmen beauftragt. Die technische Bewirtschaftung gestaltet sich vergleichsweise kleinteilig.

Öffentliche Lasten

Zu diesem Bereich gehören im Wesentlichen die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, die öffentliche Abfallentsorgung, die öffentliche Straßenreinigung sowie die Schornsteinfegergebühren. Die GMSH prüft hier die Leistungsgrundlagen der Gebühren- und Abgabenbescheide und nimmt die Zahlungsfunktion für das Land wahr.

Sonstige Bewirtschaftungsaufgaben

Die sonstigen Bewirtschaftungsaufgaben beinhalten derzeit im Wesentlichen Pfortnerdienste und Kurierdienste. Vom Kurierdienst der GMSH wurden in 2014 rund 160 Stellen des Landes mindestens einmal täglich angefahren.

Drittmietvertragsverwaltung, Raumbedarfsdeckung und Raumbedarfsanerkennung

Zum Stichtag 31. Dezember 2014 hat die GMSH für das Land 607 (621) Mietverträge verwaltet, darunter 461 (478) Anmietungen und 146 (143) Vermietungen von Flächen und Einrichtungen. Der Vertragswert der Nettokaltmieten des verwalteten Bestandes betrug zum Stichtag rund 18,8 Millionen Euro (17,7), davon 16,0 Millionen Euro (14,9) für Anmietungen. Daneben wurden 27 Verträge für die GMSH (Anmietungen für den Eigenbedarf und Untermietverhältnisse) mit einem Vertragswert von rund 2,1 Millionen Euro verwaltet. Im Bereich der Raumbedarfsdeckung wurden 17 Aufträge des Landes mit einem Jahresmietvolumen von rund 900.000 Euro abgeschlossen.

Beschaffung

Das Geschäftsjahr 2014 war von einem erneuten leichten Anstieg des Beschaffungsvolumens geprägt. Insbesondere die Beschaffung von Dienstleistungen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung hat im Vergleich zum Vorjahr noch einmal signifikant angezogen, während die erzielten Umsätze bei der Materialbeschaffung im eigenen Namen und auf eigene Rechnung deutlich hinter den Ansätzen im Wirtschaftsplan zurückblieben. Dies lag zum einen in einem milden Winter begründet, der zu sinkenden Einkaufswerten in den Bereichen Heizöl, Treibstoff und Winterbedarfen für den Straßenbau (z. B. Schneeräumleisten) führte. Zum anderen hatte sich das Projekt „Endgerätebeschaffung Digitalfunk für die nichtpolizeilichen BOS“ (alle Feuerwehren und Rettungsdienste im Land) verzögert, so dass im Berichtsjahr noch nicht mit den umsatzwirksamen Auslieferungen der Geräte begonnen werden konnte. Die Geräte werden nun ab 2015 ausgeliefert. Die erzielten Umsätze bei Ausschreibungen im Namen und auf Rechnung der Kunden des Geschäftsbereichs erreichten mit rund 748.000 Euro nahezu exakt den Planansatz. Dabei konnte mit 1.100 durchgeführten Ausschreibungen ein neuer Höchstwert erzielt werden. Das Beschaffungsvolumen als Summe aus dem Einkaufsvolumen im eigenen Namen (inkl. der Beschaffungen für die GMSH selber) und dem Ausschreibungsvolumen betrug insgesamt 136,3 Millionen Euro und lag damit noch einmal über dem Vorjahresniveau (135 Millionen Euro).

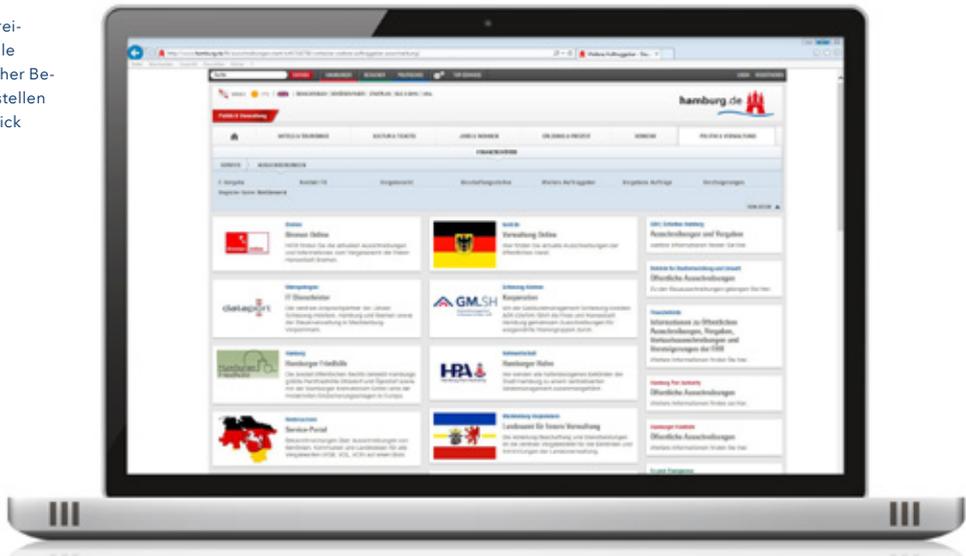
Die Gesamtkosten des Geschäftsbereichs lagen unterhalb der Ansätze des Wirtschaftsplans. So war im Jahr 2014 ein nahezu ausgeglichenes positives Bereichsergebnis in Höhe von rund 25.000 Euro zu verzeichnen.

Bei der Abwicklung der Beschaffungsvorgänge musste im Jahr 2014 das neue Tariftrugesetz (TTG) berücksichtigt werden. Neben dem Aufwand der Einführung (z. B. Änderung von bestehenden und Einführung neuer Ausschreibungsformulare) und im laufenden Betrieb (hier spielt vor allem der zu bedienende Informationsbedarf seitens der Bieter eine Rolle) waren größere im Zusammenhang mit dem TTG stehende Störungen nicht zu verzeichnen. Das lag unter anderem auch daran, dass - bedingt durch die langjährige EMAS-Zertifizierung der GMSH - der Geschäftsbereich schon seit langem nachhaltig beschafft und damit gut vorbereitet war. Die GMSH ist auch regelmäßig Ansprechpartner für das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume.

Auch die Vernetzung des Geschäftsbereichs Beschaffung mit den zentralen Beschaffungsstellen der norddeutschen Länder wurde weiterentwickelt. Hervorgehend aus einer von den Chefs der Staats- bzw. Senatskanzleien initiierten Arbeitsgruppe „Gemeinsame Beschaffung der norddeutschen Länder“, an der jeweils die Beschaffungsstellen und das zuständige Ressort teilnehmen, gelingt es zunehmend besser, gemeinsame Positionen zu finden, über Benchmarking die eigene Arbeit zu optimieren und teilweise gemeinsam auszuschreiben. Erfreulich ist hierbei, dass die Vernetzung mittlerweile auch auf der operativen Ebene zum Tagesgeschäft gehört und einen gemeinsamen Nutzen stiftet. Eine auch im Rahmen der Weiterentwicklung der e-Ver-

gabe interessante Maßnahme zeigt folgende Abbildung der Internetseite der Hamburger Senatsverwaltung. Dort haben die norddeutschen Beschaffungsstellen einen Knotenpunkt der Ausschreibungsportale geschaffen. Der Effekt ist, dass jeder Bieter bei der Recherche nach Ausschreibungen in seinem Bundesland unmittelbar auch zu den Ausschreibungen der Nachbarländer gelangt, was von den Unternehmen dankbar angenommen wird und zu einer transparenten Beschaffung der öffentlichen Hand in Norddeutschland führt.

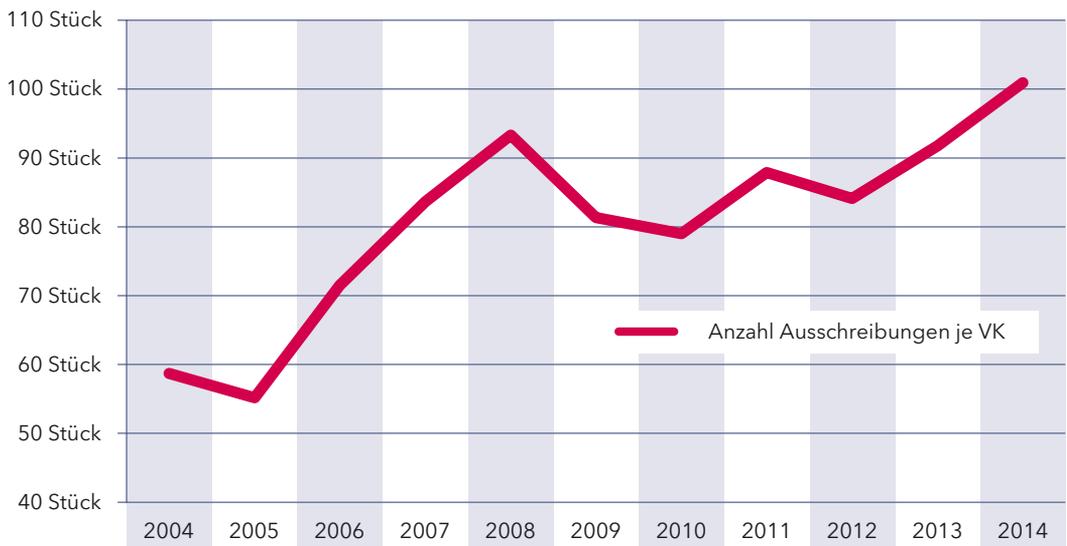
Die Ausschreibungsportale norddeutscher Beschaffungsstellen auf einen Blick



Die Überlegenheit des Geschäftsmodells einer Anstalt öffentlichen Rechts in Bezug auf unbürokratische Möglichkeiten, auch für sonstige Träger der öffentlichen Verwaltung tätig werden zu können, zeigt sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder in zweierlei Ausprägung: Zum einen führt die Bedarfsbündelung auch nach 15 Jahren gemeinsamer Beschaffung immer noch zur Senkung von Einstandspreisen. Zum anderen können Schwankungen bei der Inanspruchnahme der GMSH durch das Land immer durch Tätigkeiten für sonstige Träger der öffentlichen Verwaltung kompensiert werden; der Anteil am Beschaffungsvolumen betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr rund 26 Prozent. Hinzu kommt, dass jede Ausschreibung, die für Kommunen durchgeführt wird (im Jahr 2014 konnte z. B. bereits das 100. Feuerwehrwehrauto ausgeschrieben werden), dazu führt, dass durch die anteilige Inkludierung auch der Betriebskosten der e-Vergabe und anderer GMSH-Beschaffungssysteme die Kosten dieser in jedem Fall vom Land vorzuhaltenden Systeme auf mehrere Schultern verteilt werden, was den Landshaushalt entlastet. Daneben häuften sich die Anfragen der sonstigen Träger der öffentlichen Verwaltung bezüglich einer verstärkten Nutzung der GMSH-Ressourcen vor dem Hintergrund der EU-Richtlinie u. a. zur verpflichtenden elektronischen Vergabe durch alle öffentlichen Auftraggeber beginnend ab dem Jahr 2016. Die Anfragen verwundern nicht angesichts des guten Rufes der GMSH im Bereich ihrer Vergabekompetenz und der Tatsache, dass die Richtlinie schon jetzt kaum noch zeitlich und auch nicht vor dem Kostenhintergrund von den Kommunen umgesetzt werden kann. Aus diesem Grund waren die Aktivitäten des Geschäftsbereichs im Berichtsjahr von der Frage geprägt, wie die seit drei Jahren erfolgreich laufende e-Vergabeplattform auf eine noch

breitere Basis gestellt werden kann. Dass die e-Vergabe nicht nur ein seitens der EU vorgegebenes „Pflichtprogramm“ darstellt, sondern auch zur Effizienzsteigerung in Beschaffungsstellen beiträgt, zeigt folgende Grafik aus dem Geschäftsbereich Beschaffung, die einen starken Anstieg der je Vollkraft jährlich durchgeführten Ausschreibungen seit Produktivsetzung der e-Vergabe im Jahr 2011 dokumentiert:

Fachbereich Vergabe: Anzahl der Ausschreibungen je Vollkraft



Darüber hinaus wurde mit Hochdruck an der zuvor angesprochenen Ausschreibung der digitalen Endgeräte für den Digitalfunk aller nichtpolizeilichen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) gearbeitet. Das Verfahren wurde aufgrund der Vergabebeschwerde eines zuvor unterlegenen Bieters nach Beschluss der Vergabekammer in den Stand der Angebotsabgabe zurückversetzt. Obwohl dies die auch oben beschriebenen Auswirkungen auf die Beschaffungsumsätze hatte, wurden nunmehr noch einmal deutlich günstigere Preise erzielt. Die Zusammenarbeit der Landesanstalt GMSH mit dem Innenministerium und der Polizei sowie allen kommunalen Landesverbänden stellt eine ganz neue Form verwaltungstechnischen Handelns dar. Nicht nur, dass das bereits im Land bzw. der GMSH vorhandene Vergaberechts- und Einkaufs-Know-How optimal abgerufen werden konnte. Auch das Land profitiert von einer nunmehr landesweit einheitlichen technischen Digitalfunklandschaft und den ebenfalls zuvor beschriebenen Effekten, die entstehen, wenn sich Dritte an den fixen Kosten der Beschaffungstechnologie des Landes beteiligen. Aus der Zusammenarbeit ergeben sich zukünftig diverse Möglichkeiten: Nicht nur gemeinsame Ausschreibungen mit den üblichen positiven Effekten werden möglich, auch gemeinsame Online-Shops können genutzt werden und eine Vielzahl neuer Ausschreibungsaufträge (z. B. über den Einbau von Funkgeräten in Polizei- und auch Feuerwehrfahrzeuge) werden möglich. Hiermit befindet sich Schleswig-Holstein in einer positiven Vorreiterrolle.

Geräte für den Digitalfunk aller nichtpolizeilichen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)



Neben der Vorbereitung des G7-Außenministertreffens in Lübeck (hier wurden in erprobter Zusammenarbeit mit der Polizei Beschaffungen durchgeführt) wurde die Geschäftstätigkeit der Beschaffung wie in allen GMSH-Geschäftsbereichen schon im Berichtsjahr stark geprägt von der Frage der Unterbringung der deutlich gestiegenen Anzahl von Asylbewerbern. Hier geht es insbesondere um diverse Ausschreibungen rund um die Unterbringung und Versorgung der Menschen (Verpflegung, medizinische Betreuung usw.), die gemeinsam mit und für das Landesamt für Ausländerangelegenheiten durchgeführt wurden. Auch diese Zusammenarbeit verlief stets sehr vertrauensvoll und produktiv, was vor dem Hintergrund der Aufgabenstellung besonders wichtig ist. Auch diverse Umzüge von Landesdienststellen und komplexe Ausschreibungsverfahren konnten erfolgreich abgewickelt werden.

Im Rahmen der Vertragsbewirtschaftung der Postdienstleistungen des Landes konnte im abgelaufenen Jahr auch für den Bereich der Postzustellungsurkunden ein landesweiter Zuschlag erteilt werden. Weitere Synergieeffekte können nunmehr im Umfeld der Postdienstleistungen nur noch gehoben werden, wenn das Land zukünftig unter noch einmal verstärkter Nutzung der GMSH-Kurierdienste mit nur noch einer An- und Ablieferanschrift auftreten würde. Hiermit kann nun festgehalten werden, dass für alle Postdienstleistungen im Land nach ordnungsgemäß durchgeführten Ausschreibungsverfahren Verträge vorliegen. Im Vergleich zur „vertragsfreien“ Vergangenheit ist es auch erwähnenswert, dass allein die Einsparungen (die nach Abzug der notwendigen Bewirtschaftungskosten den Dienststellen im Lande zu Gute kommen) im Bereich der Postdienstleistungen die gesamten Kosten, die der Geschäftsbereich seinen Kunden (vor allem beim Land) für all seine Tätigkeiten insgesamt jährlich berechnet, bei weitem übersteigen. Insgesamt kann also festgehalten werden, dass vor Ort die Fähigkeit der GMSH, schnell und effizient auf besondere Lagen reagieren zu können, bekannt ist und gern genutzt wird. Vor dem Hintergrund der vielfältigen Möglichkeiten der weiteren Entlastung von Haushalten durch das Generieren von Synergieeffekten wäre es sehr wünschenswert, wenn die GMSH auf dem eingeschlagenen Weg in erprobten Strukturen vom Land noch stärker unterstützt wird.

Lagebericht



Lagebericht der GMSH für das Geschäftsjahr 2014

I. Grundlagen des Unternehmens

Die GMSH ist eine rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts mit Sitz in Kiel. Alleiniger Anteilseigner ist das Land Schleswig-Holstein. Der Aufgabenumfang richtet sich nach dem Gesetz zur Errichtung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSHG). Danach ist die GMSH als Organ des Landes und des Bundes zur Wahrnehmung staatlicher Bauherren- und Planungsaufgaben in Schleswig-Holstein tätig. Sie ist ebenfalls als Organ des Landes für die Verwaltung und Bewirtschaftung des Landesliegenschaftsbestandes verantwortlich. Weiterhin ist die GMSH zuständig für die Beschaffung von Waren und Dienstleistungen der Landesbehörden in Schleswig-Holstein. Darüber hinaus bietet die GMSH ihre Leistungen sonstigen Trägern der öffentlichen Verwaltung an.

II. Wirtschaftsbericht

II. 1. Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Der Aufgabenumfang ist durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen vorgegeben und hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht geändert. Das Auftragsvolumen der in Organleihe durchgeführten Tätigkeiten für den Bund und das Land Schleswig-Holstein wird wesentlich durch die Ausrichtung der Haushalte von Land und Bund beeinflusst.

Die Beschaffung von Waren und Dienstleistungen im eigenen Namen für die Dienststellen des Landes und andere Träger der öffentlichen Verwaltung erfolgt zum überwiegenden Teil als Beistandsleistung gegenüber anderen Hoheitsbetrieben in der nicht steuerbaren Sphäre der GMSH.

Das Geschäftsjahr 2014 entwickelte sich für die GMSH insgesamt erwartungsgemäß und schloss planmäßig mit einem leicht positiven Ergebnis ab. Die Entwicklung der Leistungsindikatoren, wie Umsatzerlöse und Jahresüberschuss, wird in der Ertragslage dargestellt. Für den Organleihebereich werden die Erträge aus den Ist-Kostenerstattungen sowie Bauvolumina und Gesamtbewirtschaftungskosten als solche herangezogen.

II. 2. Ertragslage

Die Erledigung der Bauaufgaben für den Bund und das Land sowie der Bewirtschaftungsaufgaben für das Land in Organleihe gegen Ist-Kosten-

erstattung führt grundsätzlich zu einem ausgeglichenen Ergebnis. Diese Kostenerstattungen fließen nicht in die Umsatzerlöse ein, sondern schlagen sich in den sonstigen betrieblichen Erträgen nieder.

Die Umsatzerlöse betreffen fast ausschließlich die Beschaffung von Bedarfsmaterial und Dienstleistungen sowie die Durchführung von Ausschreibungen für das Land Schleswig-Holstein und andere Träger öffentlicher Verwaltung. Darüber hinaus fließen in geringem Umfang Erlöse aus der Durchführung von Bauaufgaben für andere Träger der öffentlichen Verwaltung ein.

Die Umsatzerlöse sanken im abgelaufenen Jahr um 5,0 % von 33,9 Mio. € auf 32,2 Mio. € und liegen damit unter den in der Planung vorgesehenen Erlösen (37,9 Mio. €).

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen war ein Anstieg von 4,5 Mio. € auf 77,9 Mio. € zu verzeichnen. Sie liegen damit aber unter dem prognostizierten Wert von 82,4 Mio. €. Diese Position umfasst nahezu ausschließlich die Kostenerstattungen für die Wahrnehmung der Bau- und Bewirtschaftungsaufgaben des Landes sowie der Bauaufgaben des Bundes und der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf.

Der Materialaufwand ist um 1,8 Mio. € auf 28,8 Mio. € gesunken und beinhaltet korrespondierend zu den Umsatzerlösen fast ausschließlich den Einkauf von Waren und Dienstleistungen für die Durchführung der Beschaffungsaufgaben.

Die Personal- und Sachaufwendungen beliefen sich im Jahr 2014 auf 77,3 Mio. € nach 73,1 Mio. € im Jahr 2013. Bei nahezu gleichbleibendem durchschnittlichem Personalbestand liegt der Anstieg in Höhe von 5,7 % begründet in der Tarifierhöhung von 2,95 %, sowie in dem nochmals deutlich gestiegenen Zuführungsbedarf zu den Pensionsrückstellungen.

Die Zinserträge sind aufgrund der im abgelaufenen Geschäftsjahr weiterhin rückläufigen Zinssituation an den Geld- und Kapitalmärkten von 0,7 Mio. € auf 0,4 Mio. € gesunken.

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt für das Jahr 2014 mit einem Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 0,08 Mio. €, der genau dem Planwert entspricht.

Bei der Betrachtung der **Einzelbereiche** ergibt sich folgendes Bild:

Der Geschäftsbereich **Gebäudebewirtschaftung** hat seiner Aufgabenstellung entsprechend ebenso wie in den Vorjahren die Optimierung der operativen Bewirtschaftungs- wie auch der Regieleistungen fortgesetzt. Nach Realisierung der wesentlichen Kosteneinsparungen in den vergangenen Jahren geht es jetzt darum, die unausweichlichen Kostensteigerungen aufgrund von Tarif- und Preissteigerungen nach Möglichkeit zu dämpfen. Dies erfolgt im Wesentlichen durch regelmäßige Überprüfung der notwendigen Leistungsstandards und deren Anpassung an sich verändernde Randbedingungen.

Das Bewirtschaftungsvolumen zeigt eine stetige, auf dem Zeitstrahl leicht ansteigende Entwicklung, die neben der allgemeinen Preissteigerung insbesondere auch in der Übertragung weiterer Bewirtschaftungsaufgaben auf

die GMSH begründet liegt. Die Gesamtbewirtschaftungskosten des Landes beliefen sich in 2014 auf rund 78,8 Mio. € und liegen damit leicht über dem Prognosewert von 77,3 Mio. €. In den Gesamtbewirtschaftungskosten sind rund 20,2 Mio. € für operative Bewirtschaftungs- und Regieleistungen der GMSH enthalten. Das Restvolumen besteht aus Mietaufwendungen in Höhe von rund 15,0 Mio. € für Drittanmietungen des Landes sowie von 43,6 Mio. € für die von externen Firmen unter Koordinierung der GMSH für das Land erbrachten Bewirtschaftungsleistungen einschließlich der Energieversorgung. Die bewirtschaftete Fläche erhöhte sich in 2014 gegenüber dem Vorjahr um 22.457 m² auf 1.294.671 m².

Die Bewirtschaftungsleistungen für das Land Schleswig-Holstein werden auf Basis des geschlossenen Verwaltungsabkommens vom 01.01.2011 in Organleihe ausgeführt. Bewirtschaftungsleistungen für Dritte im Rahmen des Betriebes gewerblicher Art (BgA) wurden in 2014 nicht erbracht.

Der Geschäftsbereich Gebäudebewirtschaftung weist in dem Jahr 2014 bei Gesamterträgen für die erbrachten Bewirtschaftungs- und sonstigen Leistungen von 20,7 Mio. € nach 20,3 Mio. € im Vorjahr ein ausgeglichenes Ergebnis aus. Die Gesamterträge aus Organleihetätigkeiten liegen damit um 0,9 Mio. € unter dem geplanten Wert.

Die **Baubereiche** haben die Bauaufgaben weiterhin zum weitaus überwiegenden Teil in Organleihe und nur in sehr geringem Umfang als Beistandsleistungen für Hoheitsbetriebe anderer öffentlicher Träger bzw. im Rahmen des Betriebes gewerblicher Art erbracht. Entsprechend den in den Verwaltungsabkommen mit den Organentleihern getroffenen Vereinbarungen erfolgt die Kostenzuordnung auf der Grundlage der projektbezogen nachgehaltenen tatsächlich eingesetzten Kapazitäten, die über Stundenaufschreibungen erfasst werden. Die Kostenzuordnung nach dem vorstehend beschriebenen Verfahren erfolgt auch für alle im eigenen Namen erbrachten Leistungen. Während die Kosten für die in Organleihe wahrgenommenen Bauaufgaben durch die Organentleiher erstattet werden, ergibt sich das Ergebnis der sonstigen Bauaktivitäten aus der Gegenüberstellung der Kosten und der Erlöse. Das Ergebnis der Baubereiche ist vor diesem Hintergrund in dem Berichtsjahr nahezu ausgeglichen.

Wie im Vorjahr setzte sich im Landesbau vor dem Hintergrund des Konsolidierungspfades des Landes die Entwicklung des sinkenden Bauvolumens im Einzelplan 12 des Haushaltes (Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes) fort. Demgegenüber stehen erhebliche Aufgabenzuwächse durch ressortfinanzierte Aufträge, durch die von der Landesregierung aufgelegten Sonderprogramme und durch die im Bereich des Universitätsklinikums durchzuführenden Baumaßnahmen.

Nachdem das Bauvolumen im Vorjahr aufgrund zeitlicher Verschiebungen in die Zukunft unerwartet auf 93,4 Mio. € gesunken war, erreichte es in 2014 einen Wert von 102,5 Mio. € und lag damit auf dem Niveau von 2012. Die Realisierung der geplanten Baumaßnahmen hat jedoch im Berichtsjahr nicht den prognostizierten Umfang von 114 Mio. € erreicht.

Neben den Organleiherträgen in Höhe von 28,6 Mio. € (Vorjahr: 26,4 Mio. €) erzielte der Bereich Landesbau in geringem Umfang Umsatzerlöse aus

Beistands- und BgA-Tätigkeiten von insgesamt 0,3 Mio. €, die in 2014 zu einem positiven Ergebnis in Höhe von 54 Tsd. € führten. Die Gesamterträge lagen damit um 1,6 Mio. € unter dem Planwert von 30,5 Mio. €.

Im Geschäftsbereich Bundesbau wurden die in den Mittelabflussbesprechungen abgestimmten Bauausgabenziele in der Summe erreicht. Insgesamt beliefen sich die Bauausgaben im Bundesbau im Jahr 2014 auf ca. 86,0 Mio. €. Das Ausgabevolumen lag damit mit ca. 15,4 Mio. € erheblich über dem des Vorjahres (ca. 70,6 Mio. €). Die im Zuge der Stationierungsentscheidung des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) rückläufige Entwicklung der Bauvolumina der vergangenen Jahre wurde damit aufgrund der Baubeginne erster großer Baumaßnahmen für die Bundeswehr durchbrochen. Das Bauausgabeziel des Bundes für das Jahr 2014 in Höhe von 115 Mio. € wurde jedoch deutlich unterschritten.

Der Bereich Bundesbau erreichte bei Erträgen und Aufwendungen von jeweils 28,6 Mio. € (Vorjahr: 26,6 Mio. €) ein vollständig ausgeglichenes Ergebnis und lag damit um 1,7 Mio. € unter dem Planwert für 2014. Davon entfielen auf Maßnahmen ohne Baubezug 8,7 Mio. € (Vorjahr: 8,3 Mio. €).

Der Umsatz des Bereiches Beschaffung mit Waren und Dienstleistungen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung mit dem Land und mit anderen Hoheitsträgern lag in dem Jahr 2014 mit 31,2 Mio. € unter dem Wert des Vorjahres von 32,9 Mio. €. Die für das Jahr 2014 prognostizierten Umsätze in Höhe von 37,7 Mio. € wurden damit deutlich unterschritten, da die für das Jahr 2014 geplante Umsatzsteigerung durch eine Verzögerung bei der Endgeräteausschreibung für den Digitalfunk aller Feuerwehren und Rettungsdienste im Land nicht realisiert werden konnte. Auch die Erlöse für die Durchführung von Ausschreibungen sanken um 5,4 % auf 0,78 Mio. € gegenüber 0,82 Mio. € im Vorjahr. Hierbei wurde ein Ausschreibungsvolumen von 101 Mio. € abgewickelt (Vorjahr: 103,2 Mio. €). Das Ergebnis des Bereiches Beschaffung lag mit 25 Tsd. € unter dem Vorjahresergebnis (132 Tsd. €) und unter dem Planwert in Höhe von 79 Tsd. €.

Das **sonstige betriebliche Ergebnis der GMSH** erreichte in dem Berichtsjahr 0,2 Tsd. €.

II. 3. Finanzlage

Die Bilanzsumme der GMSH beläuft sich per 31.12.2014 auf 122,0 Mio. €, gegenüber dem Stand per 31.12.2013 mit 118,9 Mio. € ergibt sich damit ein Bilanzsummenanstieg um 3,1 Mio. € bzw. 2,6 %.

Die GMSH verfügt im Berichtsjahr unverändert über ein gezeichnetes Kapital von 8 Mio. €. Die Rücklagen betragen wie im Vorjahr 6,2 Mio. €. Aufgrund des Bilanzsummenanstiegs ging die Eigenkapitalquote von 12,3 % auf 12,1 % marginal zurück.

Die Rückstellungen haben sich in dem Berichtsjahr per Saldo um 10,0 Mio. € erhöht, wobei einem Anstieg der Rückstellungen für Beamtenpensionen um 9,8 Mio. € sowie für Beihilfeverpflichtungen um 0,8 Mio. € eine Reduzierung

der Rückstellungen für Altersteilzeit um 0,7 Mio. € - im Wesentlichen aufgrund des Auslaufens der Altersteilzeitregelungen für Tarifbeschäftigte zum Jahresende 2009 - gegenübersteht. Die in dem Jahr 2010 erstmals anzuwendenden Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes haben sich in dem Jahr 2014 unverändert mit Zusatzaufwendungen von etwa 0,5 Mio. € bei den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen bzw. anteilig auf die Erhöhung des Erstattungsanspruchs ausgewirkt. Der erhebliche Zuführungsbedarf zu den Pensionsrückstellungen liegt ursächlich im weiteren Absinken des maßgeblichen Rechnungszinses.

In der Position „Verbindlichkeiten“, die sich um 7,0 Mio. € auf 9,4 Mio. € reduziert hat, schlagen sich im Wesentlichen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Land aus der Abrechnung der in Organleihe wahrgenommenen Bau-, Bewirtschaftungs- und Serviceaufgaben nieder. Diese fallen genauso wie die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen im Vergleich zum Vorjahr deutlich niedriger aus.

Die Gegenposition zu den vorstehend aufgeführten Rückzahlungsverpflichtungen - ebenso wie für die Rückstellungspositionen - stellen die Bankguthaben dar.

II. 4. Vermögenslage

Der Bilanzsummenanstieg ergibt sich auf der Aktivseite sowohl aus der Entwicklung der Positionen des Anlagevermögens als auch des Umlaufvermögens. Das Anlagevermögen stieg um 0,6 Mio. € auf 4,1 Mio. € an, da die Zugänge im Bereich der Sachanlagen die planmäßigen Abschreibungen deutlich überstiegen.

Die Zunahme des Umlaufvermögens ist unter anderem zurückzuführen auf den Anstieg der Position „Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände“ von 41,3 Mio. € auf 42,7 Mio. €. Während die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen leicht gesunken sind, ergibt sich der Anstieg der sonstigen Vermögensgegenstände insbesondere aus den in dieser Position erfassten Erstattungsansprüchen der GMSH gegenüber dem Land für die zum Zeitpunkt des damaligen Übergangs der Beamtinnen und Beamten vom Land auf die GMSH bestehenden Pensionsansprüche. Diese erhöhten sich, ebenfalls resultierend aus dem Absinken des maßgeblichen Referenzzinssatzes, um 3,7 Mio. € auf 40,7 Mio. €.

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft sind geordnet.

III. Nachtragsbericht

Wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2014 haben sich nicht ergeben.

IV. Risiko- und Chancenbericht

Die Gesellschaft hat für alle erkennbaren Risiken durch ausreichend bemessene Rückstellungen Vorsorge getroffen. Das Unternehmen hat ein an dem Risikogehalt der Geschäftstätigkeit ausgerichtetes Risikomanagementsystem implementiert, das fortlaufend aktualisiert wird. Bei der Beurteilung der Risiken des Unternehmens ist insbesondere zu berücksichtigen, dass die GMSH nahezu ausschließlich für den Bund, das Land und dem Land zuzurechnende Einheiten in Organleihe gegen Istkosten-Erstattung und darüber hinaus im Rahmen von Beistandsleistungen für sonstige Träger der öffentlichen Verwaltung tätig ist.

Das betriebliche Rechnungswesen und das Unternehmenscontrolling der GMSH sind zentral im Finanzbereich angesiedelt und direkt der Geschäftsführung unterstellt. Alle Geschäftsvorfälle werden im SAP-System der GMSH erfasst und unterliegen dem einer strengen Funktionstrennung ausgerichteten Internen Kontrollsystem, welches einer regelmäßigen Überprüfung der Internen Revision unterzogen wird. Die Einhaltung des durchgängigen Vier-Augen-Prinzips in der Geschäftsbuchhaltung wird durch das im SAP-System hinterlegte umfangreiche Berechtigungskonzept sichergestellt.

Aufgrund der durch die Rahmenbedingungen vorgegebenen Geschäftstätigkeit der GMSH bestehen keine typischen Marktpreis- und Adressenausfallrisiken. Wechselkursrisiken sind durch die Beschränkung der Tätigkeiten auf das Inland ebenso ausgeschlossen wie Zinsänderungsrisiken aus Fristeninkongruenzen aufgrund der Kapitalstruktur. Die Risiken aus der Veränderung des für die Berechnung der Pensionsrückstellungen – sowie den weiteren nach versicherungsmathematischen Grundsätzen zu ermittelnden Rückstellungen – maßgeblichen Rechnungszinssatzes werden im Wirtschaftspland berücksichtigt.

Den Betriebsrisiken wird insbesondere durch ein umfassendes IT-Rahmen- und Sicherheitskonzept Rechnung getragen. Die nicht von den Organentleihern zu tragenden Betriebs- und Vermögensrisiken sind entsprechend versichert.

Die Chancenentwicklung ist gleichermaßen geprägt durch den gesetzlich festgeschriebenen Aufgabenumfang und die Aufgabenstruktur.

In 2015 wird für den Bereich Gebäudebewirtschaftung aufgrund von Aufgabenzuwächsen von einem leicht steigenden Bewirtschaftungsvolumen ausgegangen.

Für den Bereich des Bundesbaus wird nach dem deutlichen Anstieg der Bauausgaben in 2014 – wegen der baulichen Maßnahmen als Folge der Bundeswehrstrukturreform – auch für das Jahr 2015 nochmals ein höheres Bauvolumens erwartet.

Nachdem im Landesbau im Jahr 2014 das Aufgabenvolumen wieder das Niveau des Jahres 2012 erreicht hat, wird für 2015 bzw. 2016 noch einmal mit einem wesentlichen Anstieg gerechnet.

In der Beschaffung besteht weiterhin Potential für eine Aufgabenausweitung mit den sogenannten Dritten (sonstige öffentliche Einrichtungen), so dass insgesamt eine leichte Ausweitung des Aufgabenvolumens erwartet wird.

V. Prognosebericht

Im Umfeld der Haushaltsentwicklung des Bundes und des Landes Schleswig-Holstein als zentrale Auftraggeber wird für die GMSH von einer weiterhin stabilen Geschäftsentwicklung bei einem nahezu ausgeglichenen Ergebnis in Höhe von 0,01 Mio. € ausgegangen.

Für die in Organleihe abgewickelten Bau- und Bewirtschaftungsaufgaben werden für 2015 Gesamterträge in Höhe von 88,2 Mio. € erwartet; für die im eigenen Namen erbrachten Leistungen werden Umsatzerlöse von 35,9 Mio. € angestrebt.

In den Einzelbereichen werden folgende Entwicklungen erwartet:

Der Bereich **Gebäudebewirtschaftung** wird sich auch im Jahr 2015 weiter mit der Leistungs- und Kostenoptimierung in allen Tätigkeitsbereichen auseinandersetzen. Grundlage hierfür ist der jährlich aktualisierte Bewirtschaftungskatalog, der für eine klare Leistungsabgrenzung und Leistungszuordnung sorgt. Neue Ausschreibungen zur Anpassung der Verträge an veränderte Bewirtschaftungsanforderungen und damit angestrebte günstige Vertragskonditionen sollen auch in Zukunft eine Dämpfung der insbesondere vor dem Hintergrund der Energiepreisentwicklung unvermeidbaren Kostensteigerungen bewirken und so zu einer haushaltmäßigen Entlastung des Landes Schleswig-Holstein beitragen. Mit dem Ziel der Optimierung des Flächenbedarfes wird die GMSH das Land weiterhin durch die Fortsetzung des Raumüberprüfungsverfahrens unterstützen. Die Kalkulation der Bewirtschaftungskosten für 2015 beläuft sich auf 85,4 Mio. €. Hierin sind weitere Leistungszuwächse aufgrund neuer Liegenschaften und Aufgabenmehrungen in Bestandsliegenschaften berücksichtigt. Für den Bereich Gebäudebewirtschaftung wird mit einem vollständig ausgeglichenen Ergebnis bei Gesamterträgen aus Organleihetätigkeiten in Höhe von 24,2 Mio. € gerechnet.

Während sich im **Landesbau** das Bauvolumen im Kernhaushalt des Landes (Hochschulbau, Verwaltungsbau und Behördenunterbringung) stabilisiert, werden für die Sonderprogramme und Ressortfinanzierungen steigende Bauvolumina mit Ausgabenspitzen in 2015 und 2016 erwartet, die unter anderem auf den Maßnahmen für das Universitätsklinikum beruhen. In diesem Zeitraum sollen die technischen Voraussetzungen für die Herauslösung und Übernahme einer Vielzahl von Gebäuden im Rahmen eines ÖPP-Verfahrens durch einen privaten Investor geschaffen werden. Im Ergebnis wird in 2015 mit einem Anstieg der Bauausgaben auf insgesamt 127 Mio. € gerechnet. Für den Bereich Landesbau wird ein ausgeglichenes Ergebnis mit Gesamterträgen in Höhe von 32,6 Mio. € erwartet.

Im Bereich **Bundesbau** ergibt sich nach Informationen des Bundes aufgrund der Umsetzung der Bundeswehrreform voraussichtlich ein weiterer Anstieg der Bauausgaben für die kommenden Jahre. Zusätzliche Bauausgaben werden im Rahmen des Energetischen Sanierungsfahrplans Bundesliegenschaften (ESB), in dessen Zuge zahlreiche und umfangreiche Liegenschafts-

energiekonzepte aufgestellt werden sollen, und der Einführung des Leitfadens für Nachhaltiges Bauen anfallen. Darüber hinaus ist der Bundesbau seit November 2013 für die wasserbaulichen Hochbaumaßnahmen zuständig, die bislang von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes betreut wurden.

Der Aufgabenausweitung wird insbesondere bei der Bauunterhaltung und bei Kleinen Baumaßnahmen mit einer höheren Eigenerledigungsquote begegnet. Bei einem Bauausgabenziel des Bundes von ca. 100 Mio. € sind für 2015 Gesamterträge aus der Organleihe in Höhe von 31,4 Mio. € geplant.

Der Bereich **Beschaffung** wird den Beschaffungsprozess auf weitere Optimierungspotentiale überprüfen und sich um die Gewinnung zusätzlicher Beschaffungsvolumina in der Sphäre der öffentlichen Verwaltung bemühen, um die auch vor dem Hintergrund der Sparanstrengungen des Landes zu erwartenden stagnierenden bis leicht rückläufigen Volumina zumindest auszugleichen. Außerdem wird der weitere Ausbau des Systems der Elektronischen Vergabe vorangetrieben. Hierfür werden in 2015 die bisher geführten Gespräche mit den weiteren Landesbetrieben und anderen Trägern öffentlicher Verwaltung mit dem Ziel fortgeführt, zukünftig eine einheitliche elektronische Vergabepattform zu nutzen. Durch die Anbindung weiterer Nutzer an das Vergabesystem werden die anteiligen Beschaffungsprozesskosten des Bereiches gesenkt und auch bei sinkender Beauftragung durch das Land ein Beitrag für die Erreichung eines ausgeglichenen Bereichsergebnisses erzielt. Nachdem sich die Ausschreibung der Endgeräte für den Digitalfunk der Kreise und Kommunen verzögert hat, wird vor dem Hintergrund der nun feststehenden ersten Lieferung im Herbst 2015 mit höheren Umsatzerlösen für die Jahre 2015 bis 2017 gerechnet. Für das Jahr 2015 wird nunmehr ein Anstieg der Umsätze aus der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen um 3,8 Mio. € auf 35,0 Mio. € für das Land und Dritte erwartet. Insgesamt wird für den Bereich Beschaffung von einem nahezu ausgeglichenen Ergebnis (+ 4 Tsd. €) ausgegangen.

Kiel, 15. Mai 2015

Gebäudemanagement Schleswig-Holstein
Anstalt des öffentlichen Rechts

Hans-Adolf Bilzhause
Geschäftsführer

Jahresabschluss 2014



Bilanz zum 31.12.2014

Aktiva

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		939.464,00	308.946,00
II. Sachanlagen			
Betriebs- und Geschäftsausstattung		3.160.522,00	3.194.729,89
		<u>4.099.986,00</u>	<u>3.503.675,89</u>
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
Unfertige Leistungen		44.878,00	45.537,18
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.658.677,20		1.883.176,48
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>41.079.174,62</u>		<u>39.373.557,61</u>
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr		42.737.851,82	41.256.734,09
EUR 40.661.178,00 (VJ: EUR 36.916.054,00)			
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten		<u>74.500.093,40</u>	<u>73.475.971,59</u>
		<u>117.282.823,22</u>	<u>114.778.242,86</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
		<u>568.598,55</u>	<u>623.455,96</u>
Summe der Aktiva		<u><u>121.951.407,77</u></u>	<u><u>118.905.374,71</u></u>

Bilanz zum 31.12.2014

Passiva

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		8.000.000,00	8.000.000,00
II. Gewinnrücklagen			
1. Satzungsmäßige Rücklagen	1.920.000,00		1.920.000,00
2. Andere Gewinnrücklagen	<u>4.240.325,57</u>		<u>4.240.325,57</u>
		6.160.325,57	6.160.325,57
III. Bilanzgewinn		<u>591.410,16</u>	<u>512.153,25</u>
		14.751.735,73	14.672.478,82
B. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	80.665.053,00		70.886.005,00
2. Sonstige Rückstellungen	<u>17.173.415,00</u>		<u>16.986.636,00</u>
		97.838.468,00	87.872.641,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.010.788,26		2.881.592,75
2. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>7.350.415,78</u>		<u>13.478.662,14</u>
davon aus Steuern EUR 555.312,92 (VJ: EUR 507.183,53)		9.361.204,04	16.360.254,89
Summe der Passiva		<u>121.951.407,77</u>	<u>118.905.374,71</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		32.241.066,01	33.947.996,00
2. Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen		-659,18	-87.945,60
3. Sonstige betriebliche Erträge		77.871.520,96	73.378.659,00
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für bezogene Waren	24.827.494,20		27.018.205,34
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>3.982.792,35</u>		<u>3.607.626,68</u>
		28.810.286,55	30.625.832,02
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	49.526.512,47		48.475.381,53
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>17.230.969,33</u>		<u>14.330.371,64</u>
davon für Altersversorgung EUR 7.515.853,36 (VJ: EUR 5.377.826,05)		66.757.481,80	62.805.753,17
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		1.196.142,50	1.071.746,22
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		10.583.014,52	10.312.885,85
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		404.717,89	700.468,71
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>2.567.724,23</u>	<u>2.482.035,48</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		601.996,08	640.925,37
11. Außerordentliche Aufwendungen		<u>495.994,00</u>	<u>495.994,00</u>
12. Außerordentliches Ergebnis		-495.994,00	-495.994,00
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0,00	-5.832,00
14. Sonstige Steuern		<u>26.745,17</u>	<u>28.459,08</u>
15. Jahresüberschuss		79.256,91	122.304,29
16. Gewinnvortrag		<u>512.153,25</u>	<u>389.848,96</u>
17. Bilanzgewinn		<u><u>591.410,16</u></u>	<u><u>512.153,25</u></u>

Anhang

A. Allgemeine Angaben

Die Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Alleiniger Anteilseigner ist das Land Schleswig-Holstein.

Für die Verbindlichkeiten der GMSH haftet, soweit nicht die Befriedigung aus dem Vermögen der GMSH möglich ist, das Land Schleswig-Holstein. Die staatliche Aufsicht über die GMSH führt das Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein und, sofern die GMSH Aufgaben des Bundes wahrnimmt, der Bund.

B. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die GMSH stellt gemäß § 14 Abs. 2 der Satzung i. V. m. § 65 Abs. 1 LHO den Jahresabschluss und den Lagebericht nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften auf. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, angesetzt. Zu deren Ermittlung werden die steuerlichen Abschreibungstabellen herangezogen, soweit die dort genannten Nutzungsdauern innerhalb der Bandbreite handelsrechtlich zulässiger Nutzungsdauern liegen. Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis 150 € werden sofort aufwandswirksam gebucht.

Die Vorräte sind zu Herstellungskosten bewertet. In den Herstellungskosten sind Material- und Fertigungseinzelkosten und angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten und des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist, verrechnet. Angemessene Teile der Kosten der allgemeinen Verwaltung sind eingerechnet. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind mit den Nennbeträgen bewertet.

Von dem Wahlrecht, aktive latente Steuern für die bestehenden Körperschafts- und Gewerbesteuerverlustvorträge anzusetzen, wurde kein Gebrauch gemacht. Eine Verrechnung der Verlustvorträge mit zukünftigen steuerlichen Gewinnen wird in den nächsten fünf Jahren nicht erwartet.

Die Rückstellungen tragen den ungewissen Verbindlichkeiten und den sonstigen ermittelten Risiken mit dem Erfüllungsbetrag Rechnung.

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Für die Ermittlung der Erfüllungsbeträge der Verpflichtungen aus Pensions-, Altersteilzeit-, Jubiläums-, Beihilfe- und Sabbatjahrsansprüchen nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) sowie dem Erstattungsanspruch für beim Land erworbene Versorgungsansprüche wird von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, den von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung veröffentlichten maßgeblichen Rechnungszins anzuwenden (4,53 % zum 31. Dezember 2014, 4,88 % zum 31. Dezember 2013), der einer Restlaufzeit von 15 Jahren entspricht. Erfolge aus Zinssatzänderungen werden im operativen Ergebnis ausgewiesen.

Die Pensionsrückstellungen für Beamte werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen (Projected Unit Credit Method) berechnet und mit dem Erfüllungsbetrag der Verpflichtungen für Pensionszahlungen und Pensionsanwartschaften bewertet. Dabei werden die Sterbetafeln nach Heubeck aus dem Jahr 2005 verwendet. Für die Versorgungsanwartschaften der aktiven Anwärter wird eine erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung von unverändert 2 % p. a. zugrunde gelegt. Für die künftigen Erhöhungen der laufenden Pensionen werden die individuell bestehenden beamtenrechtlichen Regelungen berücksichtigt.

Der GMSH steht gegenüber dem Land Schleswig-Holstein als abgebender Dienstherr bei jedem nach Übergang auf die GMSH eintretenden Versorgungsfall ein Anspruch auf die Versorgungsteile zu, die aus beim Land Schleswig-Holstein abgeleiteten ruhegehaltsfähigen Dienstzeiten resultieren. Als Erstattungsanspruch wird der Wert aktiviert, der sich als Differenz zwischen dem Erfüllungsbetrag der zu leistenden vollen Versorgungsbezüge und dem Erfüllungsbetrag des von der GMSH übernommenen Anteils, bezogen auf den Beginn des Dienstverhältnisses bei der GMSH, ergibt.

Für Dienstherrnwechsel seit dem 01. Januar 2011 ist die Berechnung des Erstattungsanspruchs nach dem Versorgungslastenteilungsgesetz vom 03. Juni 2010 vorgesehen. Das am 23. Januar 2013 beschlossene Haushaltsbegleitgesetz 2013 sieht jedoch mit Wirkung vom 31. Dezember 2012 für alle bis zum 31. Dezember 2010 vom Land in den Dienst der GMSH übernommenen Beamte eine Rückkehr zur Anwendung des § 107b Beamtenversorgungsgesetzes in der bis zum 31. Dezember 2010 geltenden Fassung vor. Alle vom 01. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2012 vorgenommenen Versorgungslastenteilungen nach dem Versorgungslastenteilungsgesetz sowie alle zukünftigen Dienstherrnwechsel bleiben hiervon unberührt. Das Versorgungslastenteilungsgesetz findet ebenfalls auf alle bis zum 31. Dezember 2010 von anderen Dienstherrn als dem Land Schleswig-Holstein übernommenen Beamten und für abgehende Beamte Anwendung. Die Bewertung des Erstattungsanspruches erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen (Projected Unit Credit Method).

Der für die Versorgungsverpflichtungen nach den Vorschriften des BilMoG zum Stichtag 01. Januar 2010 zu ermittelnde Unterschiedsbetrag

betrug unter Anwendung des hierfür maßgeblichen Zinssatzes in Höhe von 5,25 % 20.722 Tsd. €. Der auf die Erstattungsansprüche der GMSH an das Land Schleswig-Holstein entfallene Unterschiedsbetrag belief sich auf 13.282 Tsd. €. Die GMSH macht von dem Wahlrecht Gebrauch, den Unterschiedsbetrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünftel anzusammeln. Zum 31. Dezember 2014 ergibt sich ein noch nicht in der Bilanz ausgewiesener Rückstellungsbetrag in Höhe von insgesamt 13.814 Tsd. €. Der entsprechende nicht ausgewiesene Erstattungsanspruch an das Land beträgt 8.855 Tsd. €.

Den Angestellten und Arbeitern der GMSH wird eine Zusatzversorgung nach den Regeln im öffentlichen Dienst gewährt, die über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) abgewickelt wird. Die Zusatzversorgung umfasst eine Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrente sowie ein Altersruhegeld und Hinterbliebenenversorgung, für die eine Wartezeit von 60 Monaten erfüllt sein muss. Die von der VBL erhobene Umlage bemisst sich nach dem zusatzversorgungspflichtigen Entgelt der Mitarbeiter. Die der Bemessung zugrunde liegende Gehalts- und Lohnsumme betrug im Berichtsjahr 44.462 Tsd. €. Die Umlage ist für 2014 mit 7,86 % festgesetzt worden, von denen 1,41 Prozentpunkte vom Arbeitnehmer zu tragen sind. Ein Sanierungszuschlag wurde für das Jahr 2014 vorab nicht erhoben. Entsprechend der allgemeinen Bilanzierungspraxis sind die aus dieser Zusatzversorgung resultierenden Verpflichtungen der GMSH nicht passiviert.

Für die bestehenden Verpflichtungen aus Altersteilzeitverträgen mit Angestellten und Beamten wurden Rückstellungen ebenfalls nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Dabei werden die Sterbetafeln nach Heubeck aus dem Jahr 2005 verwendet und eine erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung von unverändert 2 % p. a. zugrunde gelegt. Anspruchsgrundlage für Angestellte, die unter den BAT fielen, war der Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeit vom 22. Mai 1998 in der Fassung des Änderungstarifvertrages Nr. 2 vom 30. Juni 2000. Seit dem 01. Januar 2010 ist eine Inanspruchnahme von Altersteilzeit für Angestellte nicht mehr möglich. Beamte konnten gem. § 88a Abs. 3 Landesbeamtengesetz bis zum 31. Dezember 2009 eine Teilzeitbeschäftigung von 50 % eingehen, danach gilt § 63 Landesbeamtengesetz mit einer Altersteilzeitbeschäftigung von 60 %.

Die Berechnung der Jubiläumsverpflichtungen erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen (Projected Unit Credit Method). Dabei werden die Sterbetafeln nach Heubeck aus dem Jahr 2005 verwendet und eine erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung von unverändert 2 % p. a. zugrunde gelegt. Bei der Berechnung der Beihilfeverpflichtungen finden ebenfalls die Sterbetafeln nach Heubeck aus dem Jahr 2005 Anwendung. Die Höhe der Verpflichtungen wird aus den Erfüllungsbeträgen der Pensionsverpflichtungen abgeleitet. Die Berechnung der Sabbatjahrverpflichtungen erfolgt zum Barwert bei einer erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerung von unverändert 2 % p. a.

Verbindlichkeiten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

C. Angaben zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Entwicklung des Anlagevermögens

Alle Angaben in Tsd. €	Anschaffungs- kosten	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Abschreibungen kumuliert	Buchwert zum 31.12.2014	Abschreibungen laufendes Jahr
I. Immaterielle Vermögensgegenstände							
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.863,5	918,0	0,0	0,0	3.842,0	939,5	287,5
II. Sachanlagen							
Möbel und Büroausstattung	2.137,3	67,1	13,1	0,0	1.388,2	803,1	132,8
Büromaschinen	124,1	6,2	0,0	0,0	105,1	25,2	6,9
sonst. Kommunikation	229,6	0,0	0,2	0,0	227,3	2,1	1,3
Meß- und andere technische Geräte	733,4	34,7	33,1	0,0	617,9	117,1	50,5
Werkstattbedarf/ Werkzeuge	173,0	10,4	0,6	0,0	149,1	33,7	6,3
Wertaufbewahrungseinrichtungen	20,0	0,0	0,0	0,0	15,3	4,7	1,1
Bewirtschaftungsgeräte	1.030,9	47,1	4,1	0,0	786,6	287,3	71,8
Kraftfahrzeuge	1.205,8	121,1	80,8	-24,9	527,1	694,1	169,5
Kurierfahrzeuge	281,8	58,6	51,8	24,9	165,9	147,6	40,6
sonstiger Fuhrpark	506,1	3,5	3,4	0,0	384,1	122,1	35,7
DV-Hardware	4.982,7	539,2	506,8	0,0	4.091,6	923,5	392,1
andere geringwertige Wirtschaftsgüter	33,4	0,0	0,0	0,0	33,4	0,0	0,0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.458,1	887,9	693,9	0,0	8.491,6	3.160,5	908,6
	15.321,6	1.805,9	693,9	0,0	12.333,6	4.100,0	1.196,1

2. Eigenkapital

Alle Angaben in Tsd. €	Eigenkapital 01.01.2014	Ausschüttungen	Zuführungen/ Entnahmen	Jahresüber- schuss/ -fehlbetrag	Eigenkapital 31.12.2014
I. Gezeichnetes Kapital	8.000,0	0,0	0,0	0,0	8.000,0
II. Gewinnrücklagen					
1. Satzungsmäßige Rücklage	1.920,0	0,0	0,0	0,0	1.920,0
2. Andere Gewinnrücklagen	4.240,3	0,0	0,0	0,0	4.240,3
III. Bilanzgewinn	512,2	0,0	0,0	79,2	591,4
	14.672,5	0,0	0,0	79,2	14.751,7

3. Rückstellungen

Alle Angaben in Tsd. €	01.01.2014	Unter- schied BilMoG	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Zinsen	Stand 31.12.2014
1. Pensions- rückstellungen	70.886,0	1.381,4	0,0	0,0	4.264,9	4.132,7	80.665,0
2. Sonstige Rückstellungen							
Altersteilzeit	5.095,7	0,0	1.300,4	0,0	329,7	230,6	4.355,6
Urlaub-, Zeitguthaben und Jubiläumsver- pflichtungen	2.655,2	0,0	0,0	9,1	60,0	10,2	2.716,3
Beihilfe- verpflichtungen	8.772,2	0,0	376,6	0,0	768,0	418,9	9.582,5
Andere Rückstellungen	463,5	0,0	149,1	24,5	223,6	5,6	519,1
	87.872,6	1.381,4	1.826,1	33,6	5.646,2	4.798,0	97.838,5

4. Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten:

Alle Angaben in Tsd. €	Insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr)	2.010,8 (2.881,6)	2.010,8 (2.881,6)
2. Sonstige Verbindlichkeiten (Vorjahr)	7.350,4 (13.478,7)	7.350,4 (13.478,7)
(Vorjahr)	9.361,2 (16.360,3)	9.361,2 (16.360,3)

5. Erläuterung der Gewinn- und Verlustrechnung

5.1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse betreffen mit 31.151,9 Tsd. € im Wesentlichen die Beschaffung von Bedarfsmaterial und die Bereitstellung von Dienstleistungen für die Dienststellen des Landes und sonstige Träger der öffentlichen Verwaltung.

Die Umsatzerlöse wurden sämtlich im Inland erzielt.

5.2. Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen werden Kostenerstattungen in Höhe von insgesamt 77.569,5 Tsd. € für die Wahrnehmung von Organleiheaufgaben im Namen und für Rechnung des Bundes, des Landes und der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf ausgewiesen. Hierunter fallen neben den Bauaufgaben auch die für das Land Schleswig-Holstein durchgeführten Bewirtschaftungsaufgaben.

5.3. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von 2.567,7 Tsd. € betreffen ausschließlich den Saldo aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 4.797,9 Tsd. € (Vorjahr: 4.725,0 Tsd. €) und des dagegenstehenden Erstattungsanspruches für Pensionsverpflichtungen in Höhe von 2.230,2 Tsd. € (Vorjahr: 2.243,0 Tsd. €).

5.4. Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis von 496,0 Tsd. € betrifft den Saldo aus der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von 1.381,4 Tsd. € und der Erhöhung des Erstattungsanspruches von 885,4 Tsd. € aufgrund des zum 01. Januar 2010 gebildeten Unterschiedsbetrages gem. BilMoG. Ertragssteuerbelastungen ergeben sich daraus nicht.

6. Treuhandkonten außerhalb der Bilanz

Die GMSH führt treuhänderische Bankkonten zur Abwicklung von Geschäftsvorfällen im fremden Namen für fremde Rechnung. Das im Rahmen der Betreuung von Baumaßnahmen für die Bundesrepublik Deutschland geführte Treuhandkonto weist per 31. Dezember 2014 ein Guthaben in Höhe von 0,3 Tsd. € aus. Für das Land Schleswig-Holstein werden Treuhandkonten zur Abwicklung von An- und Vermietverträgen und zur Durchführung von Bewirtschaftungsaufgaben in Organleihe geführt. Die Guthaben des Landes betragen per 31. Dezember 2014 insgesamt 139,4 Tsd. €.

D. Sonstige Angaben

1. Anzahl der Beschäftigten

Im Geschäftsjahr 2014 waren im Durchschnitt 1.233 (Vorjahr: 1.239) Mitarbeiter beschäftigt. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten betrug 42,52 % (Vorjahr: 42,74 %).

2. Organe der GMSH

Verwaltungsrat:

Thomas Losse-Müller (bis 2.11.2014)

Staatssekretär im Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein,
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Dr. Philipp Nimmermann (ab 3.11.2014)

Staatssekretär im Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein,
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Dr. Eberhard Schmidt-Elsaesser

Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein, Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates

Bernd Küpperbusch (bis 2.11.2014)

Staatssekretär im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein

Manuela Söller-Winkler (ab 3.11.2014)

Staatssekretärin im Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein

Rolf Fischer

Staatssekretär im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein

Dagmar Streich

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Beratende Teilnehmer ohne Stimmrecht gem. § 10 Abs. 2 GMSHG:

Peter Zeineke

Vorsitzender des Personalrates der GMSH AöR

Maren Makait

Gleichstellungsbeauftragte der GMSH AöR

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten keine Bezüge oder Sitzungsgelder.

Geschäftsführung:

Hans-Adolf Bilzhause

3. Honorar des Abschlussprüfers

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers beträgt 40,3 Tsd. €, davon entfallen 29,4 Tsd. € auf Jahresabschlussprüfungsleistungen und 10,9 Tsd. € auf sonstige Leistungen.

4. Vorschlag über die Verwendung des Bilanzgewinns

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Bilanzgewinn per 31. Dezember 2014 in Höhe von 591.410,16 € auf das folgende Geschäftsjahr vorzutragen. Im Bilanzgewinn ist ein Gewinnvortrag von 512.153,25 € enthalten.

Kiel, 15. Mai 2015

Gebäudemanagement Schleswig-Holstein
Anstalt des öffentlichen Rechts

Hans-Adolf Bilzhause
Geschäftsführer

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein, Anstalt des öffentlichen Rechts, Kiel, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den landesrechtlichen Bestimmungen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Geschäftsführers der Anstalt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Anstalt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften, den landesrechtlichen Bestimmungen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Kiel, den 22. Mai 2015

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dirk Burschel ppa. Ludwig Fink
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Gewinnverwendungs- beschluss

Auszug aus dem Protokoll der Verwaltungratssitzung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein am 29. Juni 2015 zu Punkt 2.b) der Tagesordnung

Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns

Der Verwaltungsrat fasste einstimmig folgenden Beschluss:

Der Bilanzgewinn per 31. Dezember 2014 in Höhe von 591.410,16 Euro wird auf das folgende Geschäftsjahr vorgetragen.

gez. Dr. Philipp Nimmermann
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Abkürzungsverzeichnis

AfA	Absetzung für Abnutzung
AfB	Amt für Bundesbau
AGF	Allgemeines Grundvermögen der Finanzen
BAT	Bundes-Angestellentarifvertrag
BgA	Betrieb gewerblicher Art
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BImA	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
BMF	Biomedizinische Forschung
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BNB	Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen
BOS	Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben
CAFM	Computer Aided Facility Management
CAU	Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
CBBM	Interdisziplinäres Zentrum für Gehirn, Hormone und Verhalten (Center of Brain, Behavior and Metabolism)
EMAS	Eco Management and Audit Scheme
ESB	Energetischer Sanierungsfahrplan Bundesliegenschaften
e-Vergabe	elektronische Vergabe
eVKE	elektronische Verwaltungskostenerstattung
FbT	Freiberuflich Tätige
FU Bau	Finanzierungsunterlage Bau
GMSH	Gebäudemanagement Schleswig-Holstein, Anstalt des öffentlichen Rechts
GMSHG	Gesetz zur Errichtung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein
GVV-SH	Grundvermögensverzeichnis Schleswig-Holstein
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätze-gesetz
HIS	Hochschul-Informationssystem e. G.
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
JA	Jugendanstalt
JAA	Jugendarrestanstalt
JVA	Justizvollzugsanstalt
KP II	Konjunkturprogramm II
KTU-Labor	Labor für kriminaltechnische Untersuchungen
LBV-SH	Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein
LHO	Landeshaushaltsordnung Schleswig-Holstein
LISA	Liegenschaftsinformationssystem Außenanlagen
LKN	Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein
LVSH	Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein, Anstalt des öffentlichen Rechts
OFD	Oberfinanzdirektion
ÖPP	Öffentlich-private Partnerschaft
PDAFB	Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei
PEG	Projektentwicklungsgruppe
PROFI	Programm für vorsorgende Finanzpolitik
RÜV	Richtlinie für die Überwachung der Verkehrssicherheit von baulichen Anlagen des Bundes
SHGT	Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag
TTG	Tariffreie- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein
UFIS	Unterbringungs-Fachinformationssystem
UKSH	Universitätsklinikum Schleswig-Holstein, Anstalt des öffentlichen Rechts
VBL	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder
VK	Vollkräfte
VKE	Verwaltungskostenerstattung
VOF	Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen
ZGB	Zentrales Grundvermögen zur Behördenunterbringung
ZIP	Zentrum für Integrative Psychiatrie

Abbildungen

Titelseite, Seite 2: Neubau Parkhaus am Universitätsklinikum
Schleswig-Holstein, Campus Kiel
Zweite Umschlagseite und Rücktitel: Erweiterung Kindertagesstätte
am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein, Campus Kiel
Seite 5: Polizeistation Westerland, Erweiterung Bäderdienst
Seite 11: Halle für den Kampfmittelräumdienst, Groß Nordsee
Seite 41: Sanierung Sportanlagen der Fliegerhorstkaserne, Husum
Seite 51: Justiz- und Vollzugsanstalt Neumünster, Haus C
Dritte Umschlagseite: Materialwirtschaftszentrum Einsatz der
Bundeswehr, Zeltwaschanlage

Anschrift

Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR
Postfach 1269, 24011 Kiel

Impressum

Herausgeber | Redaktion:

Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR
Gartenstraße 6, 24103 Kiel
Telefon: 0431 599-0
Telefax: 0431 599-1188
mail@gmsh.de | www.gmsh.de

Bildnachweis Seite 3: Olaf Bathke
 Seite 40: GMSH
 Seite 8 und 38: mpfphotography - Fotolia.com
 alle anderen Bilder: photocompany gmbh
Gestaltung Stefanie Bäuchler
Auflage 160
Druck L&S Digital GmbH & Co. KG, Kiel
Gedruckt auf dem FSC®-zertifizierten Recyclingpapier der Sorte Envirotop
(ausgezeichnet mit dem „Blauen Engel“).





EMAS
GEPRÜFTES
UMWELTMANAGEMENT
0-140-00063

Zertifizierte
Standorte:
Kiel
Lübeck
Flensburg
Büdelndorf

Juni 2015



Gebäudemanagement
Schleswig-Holstein AöR
Gartenstraße 6, 24103 Kiel
Telefon: 0431 599-0 | www.gmsh.de